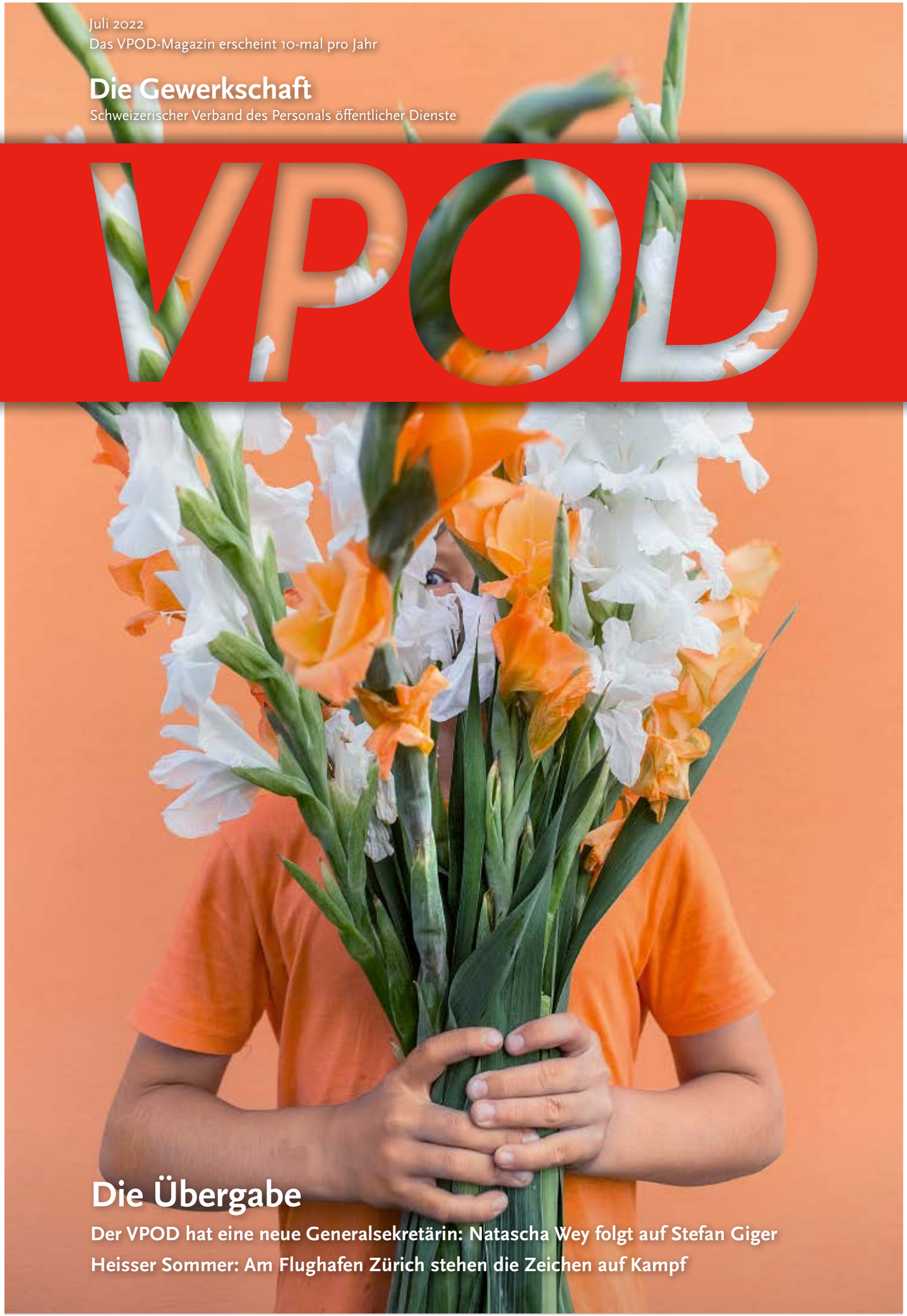
Juli 2022
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Die Übergabe

Der VPOD hat eine neue Generalsekretärin: Natascha Wey folgt auf Stefan Giger

Heisser Sommer: Am Flughafen Zürich stehen die Zeichen auf Kampf

Bald bis 67 arbeiten?

AHV-Abbau

2× NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente

AHV 21 Referendum c/o SGB

Themen des Monats

5 **Heisser Sommer**
Die Angestellten haben den GAV mit Swissport am Flughafen Zürich gekündigt

6 **Die Antwort weiss ganz allein die Sonne**
Verbandskonferenz Energie in Bern verlangt Versorgungssicherheit, Energiewende und Ausbildung

7 **Wenn Busfahren krank macht**
Gesundheitsumfrage beim Verkehrspersonal zeigt: Busfahren – ein Risikoberuf

8–9 **(K)ein Spaziergang**
Sichtbar unverzichtbar: Die Beschäftigten aus den Sozialberufen trafen sich in Solothurn

11–19 **Dossier: Die Übergabe**
Interview mit **Natascha Wey,** der neu gewählten VPOD-Generalsekretärin
VPOD-Zentralsekretär **Kurt Altenburger** wird pensioniert
Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär seit 2008, tritt in den (Teil-)Ruhestand

21 **Kampf an allen Fronten**
Am Rande der ILO-Arbeitskonferenz: Der SGB lud ukrainische Gewerkschaften zum Austausch

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**
10 **Aus den Regionen und Sektionen**
20 **Melinda Nadj Abonji:** Terroristes – zehn Geschichten
22 **Wirtschaftslektion:** Weniger Teuerung dank Service public
23 **Wettbewerb:** Plagiatsaffäre
24 **VPOD aktuell**
25 **Hier half der VPOD:** Ein Biker riecht Lunte
26 **Solidar Suisse:** Die Stimme der Opfer
27 **Menschen im VPOD:** Marlène Schürch, Juristin bei der Staatskanzlei des Kantons St.Gallen

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 6, Juli 2022
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Stufen des Glaubens

Die Verbandskonferenz Sozialbereich möchte nicht nur reden. Unter dem Motto «Sichtbar unverzichtbar» wollen jene, die das Land mit durch die Corona-Krise getragen haben, auf die Strasse. Eine kleine Manifestation durch die Solothurner Altstadt soll es werden, mit dem Konferenzslogan auf einem grossen Banner und mit den tagesaktuellen Forderungen aus den Ateliers auf Schildern. Ob es für 40 Leute eine Bewilligung braucht? Ja, sagt die Stadtpolizei, eine Bewilligung ist notwendig. Aber sofern nichts Offenkundiges dagegenspricht und keine Kollision mit anderen Events zu befürchten ist, wird sie problemlos erteilt.

Das Ausfüllen des 3-seitigen Gesuchs geht schneller als gedacht. Viele Punkte sind für unser kleines Demonstratiöönli gar nicht relevant. Wir bieten keine Speisen an und auch keine Getränke – demnach weder Vergorenes noch Gebranntes. Wir betreiben keine Flüssiggasanlage, keine Tombola (obwohl: gute Idee!) und keine musikalische Unterhaltung (für letztere hätten wir die erwartete Lautstärke in Dezibel angeben müssen). Auch spezifische Sicherheitsmassnahmen wird es nicht brauchen, wenn 40 gut zivili- und sozialisierte Menschen durch die Stadt spazieren.

Die Bewilligung geht umgehend ein. Ein bisschen Bürokratie darf sein: 18 Positionen umfassen die «Auflagen und Bedingungen». Der Veranstalter muss dafür sorgen, dass alles «speditiv und geordnet» verläuft, dass der Verkehr nicht durch Fahnen oder Stecken behindert wird, dass keine ehrverletzenden Sprüche und keine Waffen mitgeführt werden und dass der öffentliche Raum hinterher «zweckmässig» gereinigt wird. Und: «Für die Benutzung der St.-Ursen-Treppe muss bei der römisch-katholischen Kirchgemeinde eine Bewilligung eingeholt werden.»

Die grosse schöne Freitreppe scheint also nicht öffentlicher Grund zu sein, weshalb wir uns umgehend an Herrn R. von der röm.-kath. Kirche wenden. Ein kleines Briefchen schildert das sympathische Anliegen, dem nichts im Wege stehen dürfte. Antwort kommt prompt: «Die Kirchgemeinde stellt die St.-Ursen-Treppe *nicht* zur Verfügung zur Abhaltung politischer Manifestationen. Nach Rücksprache mit der Kirchgemeinde-Behörde kann ich Ihnen mitteilen, dass Ihrem Gesuch *nicht* entsprochen wird.»

Die Hervorhebung des Wörtleins «nicht» (im Original per Unterstreichung) gibt dem Schreiben ein speziell freundliches Gepräge. Wir nehmen zur Kenntnis: Leute, die sich um die Schwächeren kümmern, haben auf der Treppe zur kath. Kirche nichts verloren. Das ist bestimmt ganz und gar im Sinne dieses gewissen Jesus von Nazareth, auf den man sich glaubs beruft. Obwohl: Waren es seinerzeit nicht die Händler und Broker, die er aus dem Tempel scheuchte?

Zum Ausruhen haben wir uns dann doch kurz auf die untersten Stufen gesetzt. Wir waren müde vom langen Marsch und fanden sonst keinen Raum in der Herberge.

Zunehmende Ungeduld: Frauenstreik.

Reines Profitdenken: Novartis.

Zoll-Umbau unterbrechen

In einem offenen Brief an den Bundesrat verlangen die Gewerkschaften PVB und Garanto, den organisatorischen Umbau im Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG so lange zu unterbrechen, bis die gesetzlichen Grundlagen geklärt sind. Die Zusammenführung von Zoll und Grenzwacht, von Zolldirektor Christian Bock ohne Rücksicht auf Verluste durchgepeitscht, hat bisher vor allem Verunsicherung und Unmut erzeugt, namentlich bei den bisherigen Zollbeamtinnen und -beamten. Das Schreiben bezieht sich auf Mängel, die auch von der ständerätlichen GPK moniert wurden: Die Uniformierung und Bewaffnung sowie die Einführung militärischer Grade für den bisher zivilen Teil der Zollverwaltung haben keine legale Basis. Daher soll der Bundesrat einstweilen alle Massnahmen sistieren. Ohne Einbezug des Personals und dessen Fachwissen werde sich eine derartige Transformation nicht durchführen lassen, mahnen die Gewerkschaften. | *slt*

14. Juni: Echte Gleichstellung gefordert

Rund 50 000 Frauen und Zugewandte sind zum diesjährigen Frauenstreiktag am 14. Juni auf die Strasse gegangen und haben eine echte Gleichstellung gefordert. Zu wenig werde getan gegen Lohnunterschiede und systematische Diskriminierung. Für eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit auf die Geschlechter fehlen noch immer die Rahmenbedingungen. Umso stossender sei das Vorhaben des Parlaments, das AHV-Alter der Frauen zu erhöhen. «Bessere Löhne statt höheres Rentenalter», lautet die Forderung. | *sgb (Foto: vpod)*

Löhne im Sinkflug

Sowohl nominal (um 0,2 Prozent) als auch real (um 0,8 Prozent) sind die Löhne in der Schweiz von 2020 auf 2021 gesunken, wie das Bundesamt für Statistik BFS mitteilt. Überdurchschnittlich ist die Reduktion der Nominallöhne im Industriesektor, geringer im tertiären Bereich. Innerhalb gibt es grosse Unterschiede: In der öffentlichen Verwaltung erhöhten sich die Nominallöhne um 2,1 Prozent (und damit auch die Reallöhne: um 1,5 Prozent). Den stärksten nominalen Rückgang von 3,3 Prozent erlitt coronabedingt der Wirtschaftszweig «Kunst, Unterhaltung und Erholung». Interessant ist ein Blick auf die Geschlechter: Bei den Männern sanken die Nominallöhne um 0,7 Prozent, bei den Frauen stiegen sie um 0,6 Prozent. | *slt/bfs*

Novartis: Echte Konsultation braucht Zeit

Die Ankündigung des Pharmariesen Novartis, ohne Not 1400 Stellen zu streichen, ist für die Beschäftigten frustrierend. «Der Entscheid scheint allein im Zeichen des Profits zu stehen», klagt die Unia, die auch im Zeitpunkt der Kommunikation – kurz vor den Sommerferien – einen Mangel an Respekt sieht. Die Gewerkschaft fordert Novartis auf, die Konsultation erst nach den Sommerferien zu starten, so dass sich die Beschäftigten organisieren können. | *unia (Foto: Silesia711/Wikimedia CC)*

15 000 Bauarbeiter demonstrieren in Zürich

Über 15 000 Bauarbeiter haben Ende Juni in Zürich mehr Schutz für ihre Gesundheit verlangt. Der Landesmantelvertrag LMV, der die Bedingungen für rund 80 000 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe definiert, läuft Ende Jahr aus. Insbesondere wenden sich die Demonstrierenden gegen ein einseitiges Arbeitszeitdiktat: «Dann könnten die Baumeister ihre Arbeiter in der Sommerhitze jeden Tag zehn Stunden arbeiten lassen. Wenn kein Bauarbeiter weiss, wann er am Abend nach Hause kommt, leiden auch die Familie und das soziale Leben», kritisierte Nico Lutz, Sektorleiter Bau der Unia, an der Abschlusskundgebung auf dem Helvetiaplatz. | *unia/slt*

Lasst uns endlich unterrichten!

Bereits 2018 hat der VPOD mit der Petition «Lasst uns endlich wieder unterrichten!» Alarm geschlagen. Die immer weiter zunehmende Last administrativer Arbeiten hält die Lehrkräfte vom Kern ihrer Arbeit ab. Trotz aller Appelle hat die Politik nicht reagiert. Jetzt drohen in vielen Kantonen verwaiste Klassen, und die Verantwortlichen geben sich überrascht. In Panik werden Laienlehrerkräfte ohne pädagogische Kenntnisse angestellt; die bereits überlasteten Lehrpersonen müssen nun zusätzlich auch noch die Unausgebildeten coachen. Die VPOD-Forderungen bleiben aktuell: Entlastung von administrativen Aufgaben, ein Berufsauftrag, der vor Mehrarbeit schützt, Anerkennung und Dialogbereitschaft statt Kontrolle, kleinere Klassen … | *vpod*

Die Angestellten von Swissport ziehen für diesen Sommer andere Saiten auf.

Die Angestellten haben den GAV mit Swissport am Flughafen Zürich gekündigt

Heisser Sommer

Zwar ist der GAV mit dem Bodenabfertiger Swissport formell noch in Kraft. Aber VPOD-Sekretär Stefan Brülisauer und seine Leute werden sich kompatible Protestformen einfallen lassen. Am Flughafen Zürich brodelt es (siehe Kasten). | **Text:** *VPOD (Foto: Maksym Zayika)*

Der GAV mit Swissport, der Firma, die am Flughafen Zürich den Grossteil des Check-ins und der Gepäckverarbeitung abwickelt, ist gekündigt. Das ist die logische Folge der Sturheit der Swissport-Verantwortlichen, die versuchen, die miesen Bedingungen des unter Corona abgeschlossenen Krisen-GAV aufrechtzuerhalten. Obwohl man seinerzeit abgemacht hatte, dass man zum alten GAV von 2019 zurückkehren werde, sobald die Branche wieder läuft.

Der Reiseboom ist offensichtlich wieder da, aber Swissport weigert sich trotzdem standhaft, die alten Bedingungen wieder aufleben zu lassen. Coronabedingt sind immer noch viele Stellen unbesetzt; die einen sind abgesprungen, die anderen hat man entlassen. Jetzt ist die Personaldecke viel zu dünn, und ausbaden sollen es die Angestellten.

Swissport gelingt es nur notdürftig, die Lücken mit Temporärkräften zu stopfen, die das Tagesgeschäft eher bremsen als beschleunigen, weil sie erst eingearbeitet werden müssen. Gleichzeitig will die Firma die Bedingungen am liebsten noch weiter verschlechtern: so, dass die gleichen Leute alle drei Peaks am Tag bedienen und also 12 Stunden am Flughafen wären, von denen nur 8½ bezahlt würden. Und erst noch schlecht.

Stefan Brülisauer, VPOD-Sekretär Luftverkehr, weiss, wie sehr die Stimmung beim Bodenpersonal am Boden ist, übrigens keineswegs nur in der Schweiz. Die Grundursache des Übels liegt in der Deregulierung des Luftverkehrs. Die Airlines drangsalieren die Flughäfen, diese geben den Druck an die dortigen Dienste weiter, die sich meist noch gegenseitig Konkurrenz machen, und am Ende sind es die eh schon Schlechtverdienenden, die zusätzlich gepiesackt werden. Aus diesem Grund glaubt Brülisauer, dass selbst unter den Fluggästen Verständnis herrschen wird, wenn im Feriensommer 2022 nicht alles wie am Schnürchen läuft.

Die Sprache der Aliens

Am Anfang steht das Problem mit dem Riesentransparent. «Faire Löhne, faire Arbeit» steht da drauf. So gross, dass das Transpi nicht recht passen will in den für die VPOD-Mitgliederversammlung gebuchten Raum bei der Besucherterrasse am Flughafen Zürich. Zu breit, schwer, Befestigungsmöglichkeiten: Fehlanzeige, starkes Klebeband: nicht vorhanden. Dann kommt die Befürchtung auf, dass viele Swissport-Beschäftigte es – trotz zentraler Lage des Saals – nicht zu den Versammlungen schaffen würden. Zu unterschiedlich die Schichten, zu kurz die Pausen, und dann auch noch eine kurzfristig und «zufälligerweise» zur gleichen Zeit anberaumte Security-Weiterbildung für die Mitarbeitenden an der Rampe…

Aber umsonst gebangt: Zur ersten Runde um 11.30 Uhr füllt sich der Raum mit Leuten in schwarz-weissen Dienstkleidern oder neongelben Sicherheitswesten. Zu wichtig ist die anstehende Entscheidung, als dass man da fernbleiben könnte. Die Frage, die alle bewegt: «Warum geht es bei den GAV-Verhandlungen nicht voran?» VPOD-Sekretär Stefan Brülisauer holt aus und erklärt. Die grosse Krise – unser Entgegenkommen, damit die Firma Corona überlebt –, die Vereinbarung, die Bedingungen wieder zu verbessern, sobald es wieder anzieht. Stand der Dinge, mögliche Szenarien, zu erwartende Reaktionen.

«Es geht um euch. Es ist euer Vertrag. Es sind eure Arbeitsbedingungen. Ohne euer Votum geht nichts», sagt Kollege Brülisauer. Allgemeines Nicken. Brülisauer dreht auf: «Ihr müsst euch im Klaren sein darüber, dass es womöglich notwendig wird, zu kämpfen. Dann müsst ihr parat sein.» «Sind wir! Sind wir!», hört man aus dem Saal. Und Jubel. Und dann die entscheidende Abstimmung: «Wer ist dafür, dass wir den jetzigen Krisen-GAV kündigen?» Alle Hände schnellen hoch, ein grünrotes Meer an Stimmkarten. Einstimmig entscheiden die Swissport-Beschäftigten, dass es jetzt genug ist. Und dass man mit der Swissport-Führung offenbar in einer anderen Sprache reden muss. In einer, die man dort versteht, bei den «Aliens» auf diesem «anderen Planeten», wie einer im internen Chat die Direktion bezeichnet hat. | *Tanja Lantz*

Verbandskonferenz Energie in Bern verlangt Versorgungssicherheit, Energiewende und Ausbildung

Die Antwort weiss ganz allein die Sonne

Eine Bildungsoffensive braucht es auch im Energiebereich, so die VPOD-Verbandskonferenz. Denn die Erneuerbaren kommen nicht durch den heiligen Geist, sie brauchen Installationen. Eine Stromliberalisierung wäre drum aktuell das Dümmstmögliche. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: ollo/iStockphoto)*

Ein Bett im Solarfeld? Die Energiewende kommt nicht im Schlaf.

Das Pferd, das am Gewinnen ist, soll man nicht auswechseln, weiss der englischsprachige Volksmund. Diesen Leitsatz hat auch die VPOD-Verbandskonferenz Energie zu Bern beherzigt: Daniel Durrer wurde nun schon zum 5. Mal als Präsident der Kommission gewählt, allerdings ist es jetzt seine letzte Legislaturperiode. Denn trotz jugendlichem Habitus nähert sich auch der «Mister Energy» des VPOD dem Rentenalter. Auch andere Dinge bleiben, wie sie sind: Die Konferenz ist gegen jede weitere Strommarktliberalisierung.

Eine Mogelpackung

Die Berner SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen kritisierte den Mantelerlass, der jüngst aus dem Departement Sommaruga kam, als Mogelpackung: «Man spricht jetzt von Versorgungssicherheit, hält aber an der Liberalisierung fest, obwohl sie weder für die Förderung der erneuerbaren Energien noch für die Vorhaltung von Reserven irgendeinen Beitrag leisten kann.» Wasserfallen vermutet (und hofft) allerdings, dass bereits der Ständerat dieses Element wieder aus dem Erlass kippen wird. Was die Schweiz jetzt nämlich tun muss, sind Dinge wie: Vorkehrungen für Gasmangel treffen, die Wasserkraft ausbauen, Anreize für Speicherreserven schaffen, eine Solaroffensive lostreten, den Pro-Kopf-Verbrauch an Energie überhaupt senken und kräftig in die Ausbildung investieren. Und man hat noch nicht gehört, dass auf einem dieser Felder die Privatindustrie sonderlich hervorgetreten wäre.

Apropos Reserven: SGB-Chefökonom Daniel Lampart, ein weiterer Referent an der Konferenz, legte überzeugend dar, dass mangelnde Reserven den Ausgangspunkt vieler Krisen darstellen oder diese unnötig verstärken, von der Finanzkrise bis zur Pandemie. Seit weltweite Lieferketten unterbrochen sind, steht die Just-in-time-Produktion wie der Esel am Berg, weil nirgends mehr Luft im System ist. Wenn das geringste Schräubchen erst am Tag seiner Verwendung vor Ort eintrifft, weil ihm kein Lager bereitet ist, dann steht die Fabrik eben still, wenn der Ablauf global stockt.

Die VPOD-Energiekommission, die auf nationaler Ebene von Catherine Friedli (sonst Regionalsekretärin in Freiburg) und Claudio Marrari (sonst Regionalsekretär bei Bern Städte Gemeinden Energie) betreut wird, darf sich zu Recht auf die Schulter klopfen, weil sie all diese Fragen längst diskutiert hat, als Bundesbern noch im Schlummer lag. Der Ukraine-Krieg und die dramatisch sich verschärfende Klimakrise haben jetzt dafür gesorgt, dass die Dringlichkeit breit anerkannt wird. Allerdings unter erheblich verschlechterten Bedingungen: Weder ein Rahmen- noch ein Stromabkommen mit der EU sind in Sicht. Wollen die Nachbarstaaten uns überhaupt Strom verkaufen? Wie viel? In welcher Jahreszeit? Aus welcher Quelle? Zu welchem Preis? Die Antwort weiss ganz allein der Wind. (Oder die Sonne.)

Klipp und klar heisst es in der einstimmig verabschiedeten Resolution: «Eine Liberalisierung, die bereits 2002 in einer Volksabstimmung abgelehnt wurde, stellt eine Bedrohung für die öffentlichen Dienstleistungen und die Arbeitsbedingungen der Stromerzeugungsunternehmen dar.» Der Wettlauf um die billigste Methode würde der Umstellung auf grüne Energieträger voll im Weg stehen. Daher gelte es, den Bund nicht *weniger,* sondern *stärker* in die Pflicht zu nehmen. Dass staatliche Interventionen in den Energiemarkt wieder zunehmen, lässt sich derzeit auch im Ausland beobachten. (Die staatliche Verbilligung von Benzin und Diesel gehört aber wohl nicht zu den klügsten dieser Massnahmen, zumal das Geld eh in den falschen Taschen landet.)

Gegen prekäre Beschäftigung

Der Bund müsse, so heisst es in der Resolution, echte Fördermassnahmen und konkrete Vorhalteleistungen definieren. Eine Rückkehr zur Atomenergie kann nicht die Lösung sein, stattdessen braucht es massive Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren und insbesondere auch erhebliche Mittel für die Ausbildung jener Berufsgruppen, die mit erneuerbaren Energien in Verbindung stehen. Dieser Punkt gab speziell zu reden: Es darf nicht sein, dass die vielen Installationen, die für die Umstellung auf grüne Energieträger notwendig sind, von prekär Beschäftigten gebaut und vorgenommen werden. Das Geld darf also nicht nur in hohe und immer höhere «Schreibtisch»-Qualifikationen fliessen, sondern gehört mindestens ebenso sehr in die Ausbildung guter Fachleute fürs Handwerk vor Ort.

Gesundheitsumfrage beim Verkehrspersonal zeigt: Busfahren – ein Risikoberuf

Wenn Busfahren krank macht

Es sind beunruhigende Ergebnisse, die eine Umfrage über die Gesundheit von Busfahrerinnen und Busfahrern erbracht hat. Fast ein Drittel von ihnen setzt sich nicht fit hinters Steuer. Es ist Zeit zu handeln!

Text: *Micha Amstad, VPOD-Zentralsekretär (Foto: valentinrussnaov/iStock)*

Nach 2010 und 2018 ist nun bereits zum dritten Mal eine Erhebung über die gesundheitliche Situation der Busfahrerinnen und Busfahrer in der Schweiz durchgeführt worden. Die Gewerkschaften VPOD, SEV und Syndicom haben dafür eng mit dem Universitätszentrum für allgemeine Medizin und öffentliche Gesundheit *Unisanté* zusammengearbeitet. 916 Mitarbeitende von Nahverkehrsbetrieben haben teilgenommen und die Fragen zu gesundheitlichen Beschwerden und den möglichen Ursachen beantwortet. *Unisanté* hat die Daten ausgewertet; die Ergebnisse sind eindeutig und lassen aufhorchen.

1 von 20 gesund

Nur gerade 3,9 Prozent des Fahrpersonals im Nahverkehr haben keine gesundheitlichen Beschwerden. Auch Irina Guseva Canu, Professorin bei *Unisant* findet das beunruhigend: «Für ein so entwickeltes Land wie die Schweiz ist es nicht annehmbar, dermassen kranke Fachleute zu haben.» Im Schnitt leidet die einzelne Fahrerin, der einzelne Fahrer an 4 unterschiedlichen Gesundheitsproblemen. Die häufigsten: muskuläre Beschwerden in der Schulter oder im Nacken, abnormale Müdigkeit sowie Rückenschmerzen. Mit Leiden aus diesen Komplexen hat jeweils mehr als die Hälfte des Fahrpersonals zu tun. Mehr als ein Drittel lebt mit Schlafstörungen, Stress oder Kopfschmerzen. Ebenfalls mehr als jede und jeder Dritte stellt bei sich eine erhöhte Reizbarkeit fest.

Diese Umstände haben Folgen – nicht nur für das Personal selbst. Auch die Sicherheit der Fahrgäste und der anderen Verkehrsteilnehmenden ist durch die schlechte Gesundheitssituation gefährdet. Fast ein Drittel der Fahrerinnen und Fahrer setzt sich hinters Steuer, ohne wirklich fit zu sein. Wie die Umfrage zeigt, wirken sich dabei insbesondere die verbreitete Müdigkeit und Kopfschmerzen auf die Häufigkeit von Unfällen aus.

Belastende Arbeitsumstände

Der Arbeitsalltag beim Fahren eines Linienbusses birgt unterschiedliche Risiken für die Gesundheit. Durch die Umfrage konnte festgestellt werden, welche Arbeitsumstände das Fahrpersonal am stärksten belasten. An erster Stelle stehen dabei die langen Arbeitstage im Nahverkehr. Wo Dienstschichten von mehr als 10 Stunden die Regel sind, wird dies von 80 Prozent der Befragten als Belastung empfunden. Die langen Zeiten und der dichte Fahrplan führen ausserdem dazu, dass das Personal über längere Zeiträume keine Möglichkeit hat, mal durchzuschnaufen und vor allem: eine Toilette aufzusuchen.

Ebenfalls stark belastend wirken sich Stresssituationen im Verkehr aus. Die Aggressivität anderer Verkehrsteilnehmenden und das Verhalten von Leuten auf dem Velo werden vom Fahrpersonal als speziell erschwerend empfunden. Besonders das hohe Verkehrsaufkommen in den Stosszeiten führt dabei zu Stress. Die dichten Fahrpläne erhöhen zudem den Druck auf das Personal – die Fahrgäste wollen ja pünktlich am Zielort ankommen.

Die Ergebnisse der Gesundheitsumfrage sind besorgniserregend und verlangen nach Antworten. Es zeigt sich deutlich: Busfahren ist ein herausfordernder, ja risikoreicher Beruf. Der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden ist jedoch zentral. Damit ist klar: Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Die Umfrage zeigt, wo der Hebel anzusetzen ist: Arbeitszeiten müssen verkürzt, Pausen häufiger werden, Stressfaktoren aller Art gehören reduziert. Ein Beispiel für letzteres wäre der Bau zusätzlicher separater Busspuren.

Mehr als die Hälfte des Bus-Fahrpersonals leidet an muskulären Schulter- oder Nackenbeschwerden.

Wo sind die Fachleute?

Der Fachkräftemangel ist längst auch im Nahverkehr angekommen. Möchten wir eine klimafreundlichere Mobilität erreichen und ausgedünnte Fahrpläne vermeiden, müssen die Arbeitsbedingungen deutlich angehoben werden. Die Verkehrsbetriebe selbst und diejenigen, die den Verkehr bestellen, stehen in der Pflicht. Sie müssen handeln, daran führt kein Weg und keine Spur vorbei. Der VPOD kämpft weiterhin dafür.

Sichtbar unverzichtbar: Die Beschäftigten aus den Sozialberufen trafen sich in Solothurn

(K)ein Spaziergang

Zwei sonnige Tage im Juni voll intensiver Arbeit, aber auch mit vielen geselligen Momenten: Das war die VPOD-Verbandskonferenz Sozialbereich 2022. Das Motto «Sichtbar unverzichtbar» verweist auf die Rolle der Sozialberufe in der Pandemie – und danach. | **Text:** *VPOD (Foto: VPOD; Fotos rechte Seite: Alexander Egger)*

Die verjüngte Verbandskommission Sozialbereich. Hinten stehend von links: Christoph Schlatter (Zentralsekretär), Katarzyna Waniek (Ostschweiz), Sabrina Bel Merabet (Genf), Natasha Mieville (Genf), Philippe Martin (Zentralsekretär), Luise Bauer (AG/SO), Ilena de Groot (Basel, Co-Präsidentin). Vorne kniend von links: Raffaella Willig (Genf), Vincent Bircher (Genf), Davide Azzi (Genf), Tommaso Lafranchi (Neuenburg). Nicht auf dem Bild: Christian Luisier (Freiburg), Katharina Prelicz-Huber (Zürich), Lukas Tschudi (AG/SO), Mario Ulmann (Zentralschweiz, Co-Präsident und Delegierter).

Die VPOD-Verbandskonferenz Sozialbereich, die turnusgemäss im Juni 2020 hätte stattfinden sollen, konnte im Juni 2022 endlich durchgeführt werden. Am ursprünglich geplanten Ort und mit ursprünglich geplantem Sonnenschein und ursprünglich geplantem Grusswort von SP-Regierungsrätin Susanne Schaffner. Aber eine Pandemie später, was vieles verändert und beeinflusst hat. Corona hat auch das persönliche Erscheinen der Gastreferentin aus Österreich verhindert: Veronika Bohrn Mena konnte infolge einer hartnäckigen Erkrankung an Long Covid nicht anreisen und wurde per Video zugeschaltet.

Wehrt euch!

Die Botschaft, welche die Buchautorin und Gewerkschafterin aus Wien nach Solothurn beamte, war ebenso ermunternd wie aufrüttelnd: Es muss jetzt endlich einmal Tacheles geredet werden über das, was die Menschen in den sozialen Berufen tagein jahraus leisten. Und wie sie – in ihrer grossen Mehrheit Frauen – uns alle durch die Jahrhundertkrisen tragen, die halb überstandenen und die künftigen. «Wehrt euch!», rief Bohrn Mena. «Und lasst euch nicht unter Wert bezahlen, bloss weil man eure Hingabe und eure soziale Ader so gut ausbeuten kann.» In der Debatte kam die länderübergreifende Regel zum Vorschein, dass Arbeitnehmende umso schlechter organisiert und umso weniger wehrhaft sind, je prekärer sie leben und arbeiten. In beiden Ländern standen die Sozialtätigen während Corona im Schatten des Gesundheitspersonals, was VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber anderntags vertiefte. Sie pries die sozialen Berufe als sinnstiftend und bat die Anwesenden, bestehende Spielräume zu nutzen. Vor allem aber gelte es, der Politik endlich eine Lektion zu erteilen und ihr beizubringen, dass soziale Netze zwar teuer sind – deren Fehlen aber noch viel teurer wäre.

Sogar Applaus!

Es geht nicht allein um Systemrelevanz, sondern eben auch darum, überhaupt wahrgenommen zu werden, wie das Motto «Sichtbar unverzichtbar» spiegelt. «Für uns wird noch nicht einmal geklatscht», hiess es an der kleinen (fast) spontanen Demo. Zu vierzigst spazierte man mit den tagesaktuellen Forderungen durch Solothurns wunderbare Altstadt; die Kirchentreppe von St. Ursen lud zu einer kleinen Rast. Die Reaktionen des Publikums: Raunen, Staunen, bei ortsfremden Touristengruppen Ratlosigkeit, bei Einheimischen viel Sympathie. Und: Applaus!

Mit dem Referat von Thomas Jammet, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Soziale Arbeit Freiburg, wurde ein weiteres Leitthema der nächsten Jahre angeschnitten. Die Digitalisierung droht – darin dem Coronavirus ganz ähnlich – bestehende Ungleichheiten zu verstärken und gewisse Gruppen ganz von der Teilnahme und Teilhabe abzuhängen. Dass der Ausschluss von sozialpädagogisch Tätigen in Heimen aus dem Arbeitsgesetz ein No-Go ist, ist eigentlich schon lange klar. Die Konferenz hat den Willen bekundet, diese schändliche Lücke mittelfristig zu beseitigen.

Verjüngte Kommission

Die Verbandskommission, welche die nationale Koordination der Branchenpolitik gewährleisten soll, hat also gut zu tun. Daher ist es prima, dass ihre Verjüngung gelang – nach dem pensionierungsbedingten Rücktritt des langjährigen Präsidenten Ueli Trachsler (Zürich) und vieler seiner Kolleginnen und Kollegen, die fast alle gleichzeitig ins AHV-Alter geraten sind. An Trachslers Stelle tritt ein Co-Präsidium mit Ilena de Groot (Basel) und Mario Ulmann (Zentralschweiz); letzterer nimmt auch die Vertretung der Kommission in der Delegiertenversammlung des Verbandes wahr.

BEREITSCHAFTS-
DIENST
6 Stunden
vor Ort
0 Stunden
Arbeitszeit
WTF?
Mehr Ressourcen
für den
Sozialbereich
statt Panzer!

SICHTBAR UNVERZICHTBAR

SICHTBAR UNVERZICHTBAR
VPOD-Sozialbereich
vpod ssp

Arbeitskampf
Covid:

Grundversorgung: Luzerner Theater.

Blanker Hohn: Kantonsspital Baselland.

Mehr Lohn beim Luzerner Theater

Das Luzerner Theater ist das einzige professionelle Theater der Innerschweiz und in den drei Sparten Musiktheater, Sprechtheater und Tanz mit je eigenem Ensemble tätig. Der Gesamtarbeitsvertrag gilt allerdings nur für die Bereiche Betrieb, Administration und Marketing. Auf 1. August ist er zwischen dem VPOD und der Stiftung Luzerner Theater neu ausgehandelt worden und bringt etwas höhere Löhne als bisher, zumal für Einsteigerinnen und Einsteiger; zugleich ist das Arbeitszeitmodell flexibilisiert worden. Am Umstand, dass die Löhne im Vergleich mit anderen Kulturinstitutionen (etwa in Zürich) – und auch im Vergleich mit Handwerks- oder Büroberufen im nichtkünstlerischen Bereich vor Ort – tief sind, vermag der neue GAV aber wenig zu ändern. Die der Kultur von der Politik gewährten Spielräume sind klein, und natürlich steht die Einrichtung auch in Konkurrenz zum KKL, wo punkto Namen und Gagen mit ganz anderer Kelle angerichtet wird. Dabei ist die Existenz einer kulturellen «Grundversorgung» die Basis für Höchstleistungen, sowohl beim Publikum wie bei den Künstlerinnen und Künstlern. | *vpod (Foto: Ingo Höhn/Wikimedia CC)*

Zürich: Schlechte Noten für Notenzwang

Der Zürcher Kantonsrat erhält vom VPOD schlechte Noten, weil er die Lehrpersonen zur Notengebung zwingen will. Damit würden die pädagogischen Fachkräfte und der Bildungsrat ausgehebelt, die längst dargelegt haben, dass Noten keinen positiven Effekt auf den Schul- und Lernerfolg haben, betont der VPOD. Die bürgerliche Mehrheit will es anders. Sie zementiert damit nicht nur ein veraltetes Beurteilungssystem, sondern sorgt auch für eine weitere Verschärfung des Lehrkräftemangels. Denn wer möchte schon gern einen Beruf ausüben, von dem alle anderen, die vor Jahrzehnten die Schulbank gedrückt haben, besser als man selbst zu wissen glauben, wie er geht… | *vpod*

VBZ für Studis mit Schnellbleiche?

Unter Fachkräftemangel leiden auch die VBZ. So sehr, dass man jetzt Studierende nach einer Schnellbleiche im Fahrdienst beschäftigen will. «Das Geniale: Du kannst arbeiten, wann immer du willst. Entweder an festen Tagen. Oder auch ganz flexibel.» Nicht nur diese Sätze stossen bei vielen Fahrdienstmitarbeitenden auf Unmut. Wie bitte? Mit einer stark verkürzten Ausbildung von 26 statt 43 Tagen sollen Studentinnen und Studenten auf den Tramlinien 10 und 12 einsetzbar sein. Sie sollen im Stundenlohn von 30 bis 35 Franken Pensen zwischen 10 und 20 Prozent arbeiten – und zwar wann sie wollen. Für besondere Empörung sorgt, dass die VBZ-Mitarbeitenden von diesen Plänen aus den Medien erfahren haben. Der VPOD hat beim Stadtrat die Verletzung der Mitwirkungspflicht moniert und die sozialpartnerschaftlichen Aktivitäten bis zur Klärung der Fragen auf Eis gelegt. | *slt*

Wie Winterthur Steuergeld verschwendet

«Ausser Spesen nix gewesen» lautet das Fazit eines Submissionsverfahrens, zu welchem eine Mehrheit des Parlaments die Stadt Winterthur in der Frage der Pensionskasse gedrängt hatte: Die Beschwerde des unterlegenen Anbieters ist abgewiesen. Der VPOD hatte von Anfang an gesehen, dass eine derartige Submission ein Unding ist. Prompt ist das Ganze in ein mehraktiges Trauerspiel ausgeartet, bei dem hunderttausende von Steuerfranken versenkt wurden. Die Schieflage der PKSW hat nichts mit Stiftungsrat oder Geschäftsstelle zu tun, die beide hochprofessionell arbeiten. Sondern mit der Weigerung der Politik, die Kasse vernünftig auszufinanzieren. Das Geld dafür ist bereits zur Seite gelegt; jetzt geht es darum, dass es auch zweckgemäss verwendet wird. Die städtischen Angestellten waren und sind die Leidtragenden des Dramas. Mit Geld und Nerven haben sie für die Fehler von Stadtrat und Stadtparlament bezahlt. Jetzt ist es an der Zeit, dass letztere endlich ihre Hausaufgaben erledigen. | *vpod*

Baselland: Einseitige Umsetzung

Der VPOD und die anderen Personalverbände kritisieren das Kantonsspital Baselland für seine einseitigen Lohnmassnahmen: Zwar werden die Löhne für die Pflege, die medizinisch-technischen Angestellten und die Oberärztinnen und -ärzte erhöht, aber dies geht zulasten aller anderen Berufsgruppen. Zudem ist die Lohnsummenerhöhung von 0,8 Prozent insgesamt ein Klacks, zumal angesichts der explodierenden Teuerung. Wenn man sich dann noch, wie es die Direktion tut, rühmt, mit dieser Massnahme die Pflege-Initiative umzusetzen, ist das blanker Hohn. | *vpod (Foto: Roland Zumbühl/Wikimedia CC)*

Interview mit Natascha Wey, der neu gewählten VPOD-Generalsekretärin

«Wir sind ein Befähigungsapparat»

Mit viel Rückenwind und der einhelligen Unterstützung der Delegiertenversammlung startet Natascha Wey ins neue Amt als VPOD-Generalsekretärin. Das *VPOD-Magazin* machte ein wenig auf Advocatus diaboli und stellte auch die unangenehmen Fragen. | Interview: *Christoph Schlatter (Fotos: VPOD)*

***VPOD-Magazin:* Mit «Meine Vision für den VPOD» betitelst du den Anhang zu deinem Bewerbungsschreiben, der eine sehr optimistische Sichtweise auf den VPOD in zehn Jahren abgibt. Du kennst das Helmut Schmidt zugeschriebene Bonmot, wonach zum Arzt gehen sollte, wer Visionen hat?**

Natascha Wey: Ich fühle mich nicht krank. Und ich trete das neue Amt durchaus im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte an – und im Bewusstsein, dass es nicht leicht werden wird. Aber Visionen sind eben nicht nur Truggebilde. Sie dienen auch dazu, ein Ziel zu definieren. Und daraus wiederum lassen sich Handlungsschritte im Hier und Jetzt ableiten.

Du möchtest den VPOD aus der Defensive holen, wieder Fahrt aufnehmen lassen. Was heisst das? Werden wir jetzt so wie Verdi? Oder wie die Unia? Laut, straff und zentralistisch?

Laut: ja, zentralistisch: nein. Erstens: Unsere Mitarbeitenden sowohl im Zentralsekretariat als auch in den Regionen haben eine hohe intrinsische Motivation, sie arbeiten nicht zufällig bei einer Gewerkschaft. Vielmehr wollen sie den VPOD voranbringen und auch die negative Mitgliederentwicklung umdrehen. Zweitens beobachte ich, dass gerade jüngere Menschen auf der Suche sind nach Orientierung, dass sie wissen möchten, wohin unser Verband strebt und wie – und ob – wir das Prinzip Gewerkschaft hinübernehmen können in eine neue Arbeitswelt, die digitaler und globaler sein wird als je zuvor.

Und hoffentlich auch grüner…

Grüner auch, jawoll. Wir dürfen jedenfalls die Augen nicht vor der Tatsache verschliessen, dass Dinge nicht mehr hinhauen, die vor 20 oder 30 Jahren noch funktioniert haben. Ich meine das keineswegs despektierlich, sondern habe Hochachtung vor denen, die vor uns da waren und die Antworten auf die Fragen ihrer Zeit gefunden haben. Wir müssen uns heute gemeinsam an die Entwicklung einer neuen Strategie machen, verbunden mit einem ehrlichen Blick auf unsere Ressourcen. Das heisst nicht, dass wir den VPOD nach betriebswirtschaftlichen Lehrbüchern aus St. Gallen umkrempeln wollen.

«Wir müssen das Prinzip Gewerkschaft hinübernehmen in eine digitale und globale Arbeitswelt.»

Aber haben wir die richtigen Leute am richtigen Ort? Sind die Ressourcen angemessen verteilt? Ich stelle zum Beispiel fest, dass es bei den politischen Sekretärinnen und Sekretären im Zentralsekretariat kaum Wechsel gibt, während die Fluktuation in den Regionen beträchtlich ist. Verschleissjob VPOD-Regionalsekretär:in?

Richtig ist sicher die Feststellung, dass auf unseren Regionalsekretariaten sehr hohe Ansprüche an die Mitarbeitenden gestellt sind. Gerade in kleineren Regionen ist es fast unmöglich, alles zu bedienen: den unterschiedlichen Branchen gerecht zu werden, die individuellen Bedürfnisse der Mitglieder abzuholen und gleichzeitig den kollektiven Aspekt voranzutreiben. Es wird darum gehen, die Sekretärinnen und Sekretäre noch besser zu befähigen für ihre Aufgaben. Und ihnen beizustehen, damit sie nicht

Der VPOD hat eine neue Spitze

An der Delegiertenversammlung des Verbandes wurde Natascha Wey (hier gerahmt von VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber und dem Vorgänger Stefan Giger) zur Generalsekretärin gewählt. Natascha Wey hat in Zürich Geschichte und Germanistik studiert und ist seit 2015 als Zentralsekretärin beim VPOD. Unter anderem hat sie sich für die Belange des ETH-Personals sowie der Beschäftigten in Wartung und Reinigung starkgemacht. Sie vertritt den VPOD in der Aufsichtskommission der Arbeitslosenversicherung, im Stiftungsrat des Schweizerischen Nationalfonds und in der Kassenkommission der Publica. Seit 2019 sitzt sie für die SP im Gemeinderat der Stadt Zürich. Nach Doris Schüepp, Generalsekretärin von 1994 bis 2007, ist Wey die zweite Frau in diesem Amt.

im Alltagsstress untergehen. Wir dürfen nicht junge, hochmotivierte Leute ins kalte Wasser werfen, um dann vom Ufer aus zu beobachten, ob sie schwimmen können oder nicht. Wir müssen ihnen das Schwimmen beibringen. Und wir müssen ihnen Luft verschaffen. Das heisst auch, dass die Zentrale den Regionen Dinge der eher bürokratischen Sorte abnehmen muss, damit sie die Hände frei haben für ihre Arbeit im Betrieb.

Ich spiele ein wenig den Teufelsadvokaten: Es ist für uns ein Problem, dass gerade junge Leute sich immer stärker von fixen Strukturen abwenden und stattdessen «Projekte» verfolgen wollen, die einen Anfang und ein Ende haben. Der VPOD ist längst nicht mehr die Art von Heimat, die er für viele noch vor drei, vier Jahrzehnten war. Irgendwo Dauermitglied zu sein, ist nicht mehr attraktiv. Und dort, wo Kämpfe erfolgreich sind, fallen die Gruppen rasch wieder auseinander.

Letzteres ist nicht neu; das gab's immer schon: dass die verschworene Gruppe, die damals die bessere Einstufung oder den praktikableren Schichtplan erkämpft hatte, durch Fluktuation und Inaktivität langsam zerbröselt. Im besten Fall entsteht aus einer konkreten Bewegung aber Loyalität zu jener Organisation, die dabei zur Seite stand. Ich gebe zu, dass diese Verbindung heute vielleicht ein anderes Gesicht hat als 1950. Aber wir werden weiterhin Mitglieder gewinnen und halten können, wenn klar wird, dass der VPOD nicht der grosse Stellvertreter ist, der einem die Forderungen und das Spucken von kämpferischen Tönen abnimmt. Sondern dass wir ein Befähigungsapparat sind, dass wir die Mitglieder darin unterstützen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Nimm den Frauenstreik von 2019: ein gewaltiges Engagement, aber nach dem Event – schwupps – ist die Luft draussen.

Wart's nur ab. Da ist schon noch Luft drin. Aber richtig ist: Viele Leute haben keine grosse Lust, in Vorständen zu sitzen und Traktanden abzuarbeiten. Wenn andere Ansprüche an eine Gewerkschaft gestellt werden, dann müssen wir die bedienen. Und nicht Dingen nachtrauern, die nicht zurückkehren werden.

«Die hohe Autonomie der Gremien beim VPOD bietet den Spielraum, auf Wandel zu reagieren.»

Okay: keine Nostalgie! Du teilst aber die Analyse, dass der VPOD eher über- als unterstrukturiert ist? Was zur Folge hat, dass sich Willige in statischen Gremien verbrauchen.

Da magst du zum Teil recht haben, aber ich glaube nicht, dass wir deswegen unsere Strukturen aktiv abtöten müssen. Vielmehr bin ich überzeugt davon, dass die grosse Autonomie, die die Regionen und die Gremien bei uns geniessen, auch den nötigen Spielraum bietet. Sie schafft die Möglichkeit, schnell auf ein lokales Ereignis zu reagieren. Sie lässt den Gremien die Freiheit, sich so zu organisieren und zu treffen, wie es für sie stimmt. Schau dir unsere Branchenkonferenzen an: Welch unterschiedliche Modalitäten und Tonarten! Und doch ein gemeinsamer Kern, ein einheitliches Ziel!

Die föderale Struktur wird uns ja aufgezwungen, weil wir – im Gegensatz zu den meisten anderen Gewerkschaften, die es mit zwei, drei grossen Arbeitgebern oder mit wenigen Arbeitgeberverbänden zu tun haben – hunderte, tausende Arbeitgeber haben. Und es werden, mit all den Auslagerungen, immer noch mehr. Wir haben schlicht zu wenig Ressourcen, das alles zu bedienen.

Diese Analyse ist gewiss nicht falsch. Bloss: Was folgern wir daraus? In erster Linie müssen wir den Mitgliederbestand halten, weil es sonst noch enger würde. Denn wir sind zugleich auch diejenige Gewerkschaft, die fast ausschliesslich von Mitgliederbeiträgen lebt. Darum steht die Mitgliederentwicklung bei uns absolut im Zentrum. Das heisst, dass wir noch alerter und flexibler das zur Verfügung stellen müssen, was unsere Mitglieder wünschen. Ich finde das keine schlechte Voraussetzung für einen Aufbau, wenn auch nicht unbedingt eine einfache.

Wir haben nicht nur viele Arbeitgeber, sondern auch eine grosse Bandbreite an Branchen und Milieus. Wir umfassen viele stark weiblich dominierte Dienstleistungen «am Menschen», aber wir haben auch nach wie vor männlich geprägte Bereiche. Die Feuerwehr wird sich in ihren Pausen kaum über die letzten Verästelungen feministischer Sprache unterhalten. Anderswo gilt als halber Nazi, wer den Genderstern nicht benutzen mag. Warum hält ein derart diverses Gebilde überhaupt zusammen? Ist das nicht ein kleines Wunder?

Nein, ein Wunder ist es nicht. Denn die ursprüngliche Idee der Gewerkschaft ist nach wie vor vorhanden, sie trägt und verbindet uns: die Identifikation über die Erwerbsarbeit und das Streben nach einer Arbeitswelt, die dem Menschen besser gerecht wird. Ich glaube, in diesem Punkt besteht im VPOD ein breiter Konsens. Das heisst nicht, dass man nicht auch die anderen Diskussionen führen kann, aber sie sind nicht gleichermassen bedeutsam, und wir müssen dort auch nicht zwingend immer alle einer Meinung sein. Aber weil wir alle Service public sind, sind fast alle unsere Mitglieder in ähnlicher Weise betroffen von Fragen der öffentlichen Finanzierung, von Privatisierung, von der Steuerpolitik, von den Sozialversicherungen. In diesen Punkten, die ganz direkten Einfluss auf die Arbeitsbedingungen haben, besteht eine grosse politische Einigkeit.

Wenn wir jetzt aber für nächstes Jahr erneut einen grossen Frauenstreik ankündigen – laufen wir da nicht Gefahr, den gewerkschaftlichen Wesenskern zu verlieren oder mindestens zu vernachlässigen? Die Gewerkschaft setzt an bei der Stellung im ökonomischen Gefüge und nicht beim Geschlecht. Was soll da beispielsweise der Gepäcksortierer bei Swissport denken, dem es null und nichts bringt, dass er ein Mann ist,

weil er nämlich trotzdem einen Knochenjob zu einem Scheisslohn machen muss?
Es geht ja im Leben wie in der Politik oft darum, zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle zu sein. Und das betrifft auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den grossen Strömungen und Bewegungen der Zeit – beispielsweise eben zum Feminismus. Ich meine damit nicht ein billiges Auf-der-Welle-Mitsurfen, sondern eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Inhalten. Und das sind ja in der Tat die zentralen Fragen, die hier aufgeworfen werden: Wie verteilen wir bezahlte und unbezahlte Arbeit, wie schliessen wir die Lohnlücke, wie schaffen wir echte Vereinbarkeit? Wie gelingt eine echte Gleichstellung? Im Übrigen war das von jeher eine Stärke des VPOD, dass er sich sozialen Bewegungen früh geöffnet hat, wo sich andere noch lange schwergetan haben. Das gilt auch für die Ökologie und die Klimabewegung.

Nochmals: Ich bin der Gepäcksortierer in Kloten und verdiene 4000 Franken. Warum soll ich in den VPOD?
Weil du uns brauchst. Weil nur mit einer starken Gewerkschaft im Rücken solche Kämpfe durchzustehen sind, wie sie jetzt am Flughafen Zürich bei Swissport anstehen. Soeben hat die Arbeitnehmerseite dort den miserablen GAV gekündigt, weil sich die Arbeitgeber nicht mehr an ihr zu Corona-Zeiten gegebenes Versprechen erinnern wollen, dass es sich um einen Krisen-GAV handelt, zu dem wir Hand geboten haben, um dem Unternehmen durch die Krise zu helfen – unter der Bedingung, dass unser Opfer sich auszahlt, wenn der Luftverkehr wieder anzieht. Das ist der eine Punkt. Der andere: Wenn sich das Bodenpersonal in Kloten über die schlecht liegenden Schichten und die Kurzfristigkeit der Planung beklagt, dann geht es ihnen ebenfalls um das Thema Vereinbarkeit. «Bei diesen Dienstplänen sehe ich ja meine Kinder überhaupt nicht mehr», sagte einer. Falls man überhaupt genug verdient, Kinder zu haben … Das ist ein Frauenstreikthema, das aber die Männer auch betrifft.

Lass uns über den Gewerkschaftsaufbau sprechen. Das Zauberwort heisst Organizing. Also: an einem Problempunkt im Betrieb andocken und von dort eine Bewegung lostreten, bei welcher die Direktbetroffenen ihre Sache selbst in der Hand haben und die Gewerkschaft in erster Linie als Dienstleisterin oder Beraterin nutzen. Das hört sich alles folgerichtig und stringent an – funktioniert es denn auch?
Was wir aus langer Erfahrung wissen: Dort, wo kollektive Auseinandersetzungen geführt werden und Arbeitskämpfe stattfinden, treten Menschen bei. Es gibt weiter sehr gute Beispiele, auch aus dem Ausland, etwa den USA, wo Gewerkschaften mit diesem Ansatz aus jahrelanger Agonie wieder in einen Aufwärtstrend kommen. Ich würde also sogar sagen: Es ist das Einzige, was funktioniert. Was nicht funktioniert, ist: wenn 500 Funktionärinnen und Berufslinke mit einer Demo Einfluss auf Arbeitsbedingungen nehmen wollen. Das heisst nicht, dass ich gegen Demos bin. Aber sie ersetzen die Mobilisierung am Arbeitsplatz nicht.

Wohnt nicht dem Konzept des Organizing eine Tendenz zum Sektenhaften inne? Auch in der Schweiz gab es Fälle, wo charismatische Gurus ihre eingeschworenen Jüngerinnen (hier steht bewusst die weibliche Form) hinter sich scharten und dabei das Ziel aus den Augen verloren.
Dann handelt es sich um eine falsche Auslegung eines an sich richtigen Prinzips. Der Auftrag an unsere Sekretärinnen und Sekretäre ist es, in die Betriebe zu gehen und die Leute dort zu befähigen, sich für Verbesserungen einzusetzen. Daran ist nichts Falsches. Es gibt dazu keine Bibel und kein rotes Mao-Büchlein, auch kein Skript mit «Seven thinking steps», die man abarbeiten muss, um zur Seligkeit zu gelangen. Wichtig ist auch hier Authentizität. Aber wir müssen schon mit dem Instrumentarium arbeiten, das funktioniert. Das ist nicht sektiererisch, sondern einfach schlau. Und wir müssen das, was wir für unsere Mitglieder einfordern – nämlich eine möglichst hohe Autonomie bei der Gestaltung der Arbeit –, auch im Innern leben.

«Für den Gewerkschaftsaufbau gibt es keine Bibel, kein Mao-Büchlein und keine ‹Seven thinking steps›.»

Gutes Stichwort. Du erwähnst eine Diskrepanz, die man bei vielen NGO vorfindet: dass Organisationen, wenn es um die Mitarbeitenden geht, «vergessen», welche Werte sie nach aussen predigen. Die Beispiele gehen von der katholischen Kirche bis zu den Gewerkschaften, wo für Trämlerinnen und Trämler um Minuten gekämpft wird, während die eigenen Leute «einfach ihre Arbeit machen» sollen, auch wenn die bis Mitternacht geht, und ja nicht mit Überstunden antanzen sollen.
Solche Dinge muss man anschauen. Wenn ich nach einer strategischen Diskussion rufe, dann geht es mir dabei ganz einfach auch um die Entscheidung, was wir machen und was wir (derzeit halt leider) nicht machen (können). Von Zeit zu Zeit muss man solche Priorisierungen vornehmen, wenn man die beschränkten Ressourcen zielgerichtet einsetzen will. Ich bin jedenfalls nicht bereit, gleich schon von der Brücke zu treten und zu sagen: Das Schiff ist eh unsteuerbar, bleiben wir auf Schlingerkurs. Vielleicht werde ich in zehn Jahren anders reden, du kannst mich ja dann noch einmal fragen. Aber einstweilen bin ich nicht so pessimistisch. Und Steuerung be-

▶ Fortsetzung auf Seite 16

Natascha Wey von A wie Aargau bis Z wie Zweifel-Chips

Vorwärtsbuchstabieren

Wey: W wie Wilhelm, E wie Emil, Y wie Ypsilon. Sollte nicht langsam auch mal das Buchstabieralphabet feminisiert werden? Natascha Wey kriegt ihr eigenes ABC, zu dem sie spontan Assoziiertes äussern darf.

Interview: *Christoph Schlatter*

Aargau. Das sind sogar zwei A. Völlig unterschätzt! Mein Heimatkanton wird immer etwas schlecht geredet und geht zwischen den Grossstädten gern vergessen. Die geheime Mission, dass wir Aargauerinnen und Aargauer sukzessive Zürich übernehmen, ist aber voll auf Kurs.

Berufliche Vorsorge. Komplexes und wichtiges Thema, das nicht alle gleich spannend finden (frag mal meinen Partner!). Mich fasziniert's, weil es, historisch gesehen, eine der dümmeren Ideen war, dass jeder sein eigenes Geld für später zwangsspart. Dank der Parität können wir Arbeitnehmende mitbestimmen, gleichzeitig sind wir mitgehangen mitgefangen bei all dem unguten Profitdenken, das im Geldanlegen steckt. Womit wir wieder bei A wie Adorno sind: Es gibt kein richtiges Leben im falschen …

Corona. Ich müsste lügen, wenn ich behaupten würde, dass das alles spurlos an mir vorübergegangen sei. Es war, würde ich sagen, ein Moment der Demut, weil sich auch in der Schweiz gezeigt hat, dass wir nicht alles können. Jedenfalls Corona konnten wir nicht so gut, wie wir dachten.

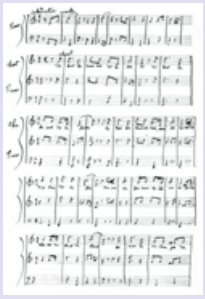
Differenzfeminismus. Es handelt sich um eine Strömung im Feminismus, die eher den Unterschied *zwischen* als das Gemeinsame der Geschlechter betont und damit gewiss wichtige Fragen aufwirft. Im Ziel bin ich eher Universalistin, und das Konzept, in Unterschieden oder Gegensätzen zu denken, behagt mir nicht so.

EU. Ein Friedensprojekt und die einzige Form von überstaatlicher Zusammenarbeit in unseren Breitengraden, die einigermassen funktioniert. Auch wenn der Beitritt nicht auf der Tagesagenda steht, bleibt Europa unser wichtigster Partner.

Feierabendkaltgetränk.
Gespritzter Weisser. (Sauer.)

Genderstern.
Ist jetzt der Doppelpunkt.

Hardrock oder Heavy Metal (ich kenn mich da nicht so aus). Vollkommen unterschätzte Musikgattung. Das solltest grad du verstehen, weil die meisten Liedstrukturen sich nämlich direkt aus der Klassik ableiten. Ich muss wieder mehr an Konzerte gehen. Auch als VPOD-Generalsekretärin mit zwei kleinen Kindern. So viel Zeit muss sein.



Internationale. Du meinst das Lied? Schön. Textsicher bin ich leider nur am Anfang und im Refrain. Aber ich musste auch nicht vorsingen an der Delegiertenversammlung, sonst hätte ich schon geübt!

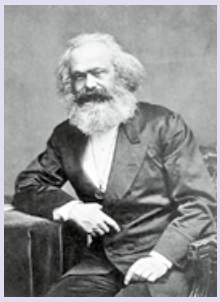
Jugend. Nun, da ich die 4 am Rücken habe und mich definitiv von der Illusion verabschieden musste, noch zur Jugend zu gehören, beobachte ich mit grossem Interesse die Kinder von Freundinnen und Bekannten, die langsam ins Jugendalter rutschen. Was die bewegt, was für sie selbstverständlich ist und was erklärungsbedürftig, wo sie sich engagieren und wohin sie wollen, ist ungemein spannend mitanzusehen.

Krankenkasse. Während meines Studiums habe ich bei einer Krankenkasse gearbeitet und bin da erstmals in einen Gewissenskonflikt mit meiner politischen Überzeugung geraten. Ich habe mich natürlich als Gewerkschafterin für die Erhaltung meines Arbeitsplatzes eingesetzt – und *gegen* die von der Linken vorgeschlagenen öffentliche Krankenkasse gestimmt. Gut, man kann nicht sagen, dass letztere wegen meiner fehlenden Stimme gescheitert ist. Aber es ist ein Lehrblätz gewesen für den Umgang mit Widersprüchen, in die wir, gerade als Linke, manchmal verwickelt werden.

Lebensarbeitszeit. Du sprichst von Überlegungen, die freie Zeit anders über das Leben zu verteilen? 40-Jährigen, die mit Kindern und Karriere extrem belastet sind, mehr Luft zu verschaffen? Sicher können wir über solche Dinge nachdenken. Aber die Diskussion hat oft neoliberale Schlagseite, als ob das angeblich starre AHV-Alter jede Flexibilisierung verböte. Das ist Quatsch. Und die Errungenschaft von – zumindest für viele – 10 oder 15 guten und gesunden Jahren nach der Pensionierung, die uns der Anstieg der Lebenserwartung verschafft hat, muss bewahrt werden. Das haben wir uns verdient.

Marx. Es war in meinem Studium, ist also schon länger her, dass ich mich vertieft mit Marx und mit der feministischen Kritik an

ihm beschäftigt habe. Seine Analyse scheint mir im Kern nach wie vor Bestand zu haben: Wie und von wem und unter welchen Umständen Güter und Dienstleistungen produziert und verteilt werden, ist die elementare Frage, die Gerechtigkeit entweder verhindert oder schafft.



NZZ. Die kenne ich, dank eines Praktikums, sogar von innen. Allerdings so, wie sie in den 2000er Jahren war, eine zwar bürgerliche, aber sorgfältig gemachte und informative Zeitung, die ihren Redaktorinnen und Redaktoren eine hohe Autonomie gab bei der Bearbeitung ihrer Dossiers – fast wie beim VPOD. Davon ist leider heute nicht mehr viel übrig. Ausserdem zahlte damals keine andere Redaktion einer Studentin 3000 Franken im Monat für ein Praktikum!

Outsourcing. Meistens eine blöde Idee. Im Bereich der Reinigung stelle ich fest, dass der Wind in den letzten Jahren gedreht hat und dass man zur Einsicht gelangt ist, dass Outsourcing nicht so billig ist, wie es scheint. Jedenfalls dann, wenn man die damit verbundene Schnittstellenbewirtschaftung und den gleichzeitigen Know-how-Verlust mit in die Rechnung nimmt. Im Übrigen war das mein grösster parlamentarischer Erfolg in der Stadt Zürich: Eine breite Mehrheit will mit mir die Stadtzürcher Reinigungsleute wieder direkt bei der Stadt anstellen.

Partei. Du meinst die sozialdemokratische? Dort bin ich Mitglied, weil ihre Analyse und ihre Vorstellungen, wie eine Gesellschaft aussehen könnte, mit meinen am ehesten übereinstimmen. Aber ich identifiziere mich nicht mit jeder Aussage und jedem Entscheid eines jeden SP-Mitglieds – und sehe solche Diskrepanzen auch durchaus gelassen.

Quote. Die Quote ist ein Erfolgsmodell, ein effizientes Instrument, das viele Leute (aka Männer) hässig macht und darum weiterhin gebraucht werden muss.

Reichtum. Wenn du von Oligarchen sprichst, kenne ich das nicht aus persönlicher Erfahrung, obwohl ich natürlich, weltweit gesehen, in einer auch materiell sehr privilegierten Situation lebe. Marx hatte jedenfalls recht mit seiner Voraussage der Akkumulation des Kapitals und der Ahnung, wie gefährlich das werden kann für Gesellschaft und Demokratie.

Sonderfall. Die Schweiz? So besonders sind wir im Fall nicht. Höchstens besonders überheblich.

Teilzeitarbeit. Die pragmatische und individuelle «Lösung» für eine ungelöste Frage. Denn am Ende des Tages, der Woche, des Jahres, des Arbeitslebens zählt, wie viele Stunden wir arbeiten, wie viele Stunden wir für Care-Arbeit zur Verfügung haben und was davon von wem bezahlt wird. «Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn» ist die bessere Forderung, weil sie hilft, den Produktivitätsfortschritt auf alle zu verteilen.

Umverteilung. Da kommt mir natürlich als erstes die AHV in den Sinn. Dass diese riesige Umverteilungsmaschine den Bürgerlichen ein Dorn im Auge ist, ist wenig erstaunlich. Erstaunlich aber, wenn namhafte Pensionsexpertinnen und Finanzexperten angesichts des Tiefzinsumfeldes auf U wie Umlage setzen!

Vereinbarkeit. Dieses Prinzip will ich nicht aufgeben: Ich finde, Kinderhaben und Berufstätigsein müssen zusammengehen. Ich möchte Frauen und Männer dazu auffordern, diese Vereinbarkeit einzufordern, weil wir sie brauchen. Und zwar hier wie dort. Für Männer heisst das konkret: Sie müssen noch viel mehr unbezahlte Arbeit übernehmen. Und für alle: Die Arbeitszeit muss runter.

Waschturm. Waschturm, nicht Wachstum? Ok: In der Tat gibt es in meiner neuen Wohnung dieses hart erkämpfte Instrument, das berufstätigen Eltern von kleinen, oft schmutzig heimkehrenden oder beim Essen sabbernden Kindern ein wenig Erleichterung in ihr Leben bringt.

X-Chromosom. Weles vo beide isch jetz das scho wider?

Y-Chromosom. Aha, das ist jenes, das ich nicht habe, der kleine Unterschied. Spontan fällt mir die Gendermedizin ein: dass auf spezifische Gegebenheiten von Frauen in der Forschung nicht eingegangen wird, sondern der heterosexuelle weisse Mann als Prototyp des Menschen gilt. Letztlich führt das dann zur grossen Debatte «Nature or nurture» – also «Natur oder Erziehung», die noch lange nicht abgeschlossen ist. Wo ich aber natürlich zu «nurture» tendiere.

Zweifel-Chips. Da kann ich – deshalb hast du das wohl auch auf der Liste – eigene Erfahrungen beisteuern, weil einer meiner ersten Jobs zum Geldverdienen in der Zweifel-Fabrik in Spreitenbach war. Ich hatte Kisten auf ein Fliessband zu stellen und hörte dabei mit dem Walkman Roxette. Damals gab es lediglich zwei Sorten, Salz und Paprika. Ich war immer im Team Paprika, denn am Abend musste man zwecks Reinigung in die Maschine kriechen, und ich fand es in der Paprika-Röhre recht angenehm. Aber am Ende der drei Wochen war ich fix und fertig. Geblieben ist der Respekt gegenüber jenen, die einen solchen schlecht bezahlten Knochenjob ein Arbeitsleben lang machen müssen.

Bildnachweis: A, G, I, K (Helfmann), M (J.J.E. Mayal), N (Jochen Teufel), R (FrummerThanThou) – alle Wikimedia CC; F (bhofack2), S (ollegN), W (gerenne), Z (spafra) – alle iStockphoto.

deutet nicht, dass von oben verordnet wird. Sondern dass man sich auf eine gemeinsame Idee einigt.

Aber der VPOD ist schon etwas speziell als Traditionsverband, der 2024 sogar bezüglich des Namens sein Hundertjähriges feiern kann, während alle anderen zigmal fusioniert und umbenannt wurden. Da gibt es einiges an Altlasten, die Arbeit binden. Unser Ferienwerk: Jetzt, wo wir es verkaufen wollen, rentiert es zum ersten Mal in 60 Jahren. Unsere Sterbekasse: Längst obsolet geworden, aber das Geld, das dort liegt, ist für den Verband blockiert. Wir haben Regionen, die Geld ausgeben, das sie nicht haben, und die darum beim Gesamtverband verschuldet sind. Würdest du nicht lieber den VPOD ganz von vorne und ganz selbst designen?

Da bin ich gar nicht mal so sicher. Ich weiss, dass es dieses Narrativ gibt: der VPOD als eine unbewegliche Organisation, an der jeder Versuch einer Reform abperlt. Aber stimmt das auch? Nach wie vor finde ich uns gar nicht so schlecht aufgestellt, auch im Vergleich zu den anderen Gewerkschaften. Trotz der historisch bedingten Wirrungen und einer gewissen Unkontrollierbarkeit. Schau dir an, was heute punkto Führungsstrategien diskutiert wird: «Agiles Arbeiten» gilt als das höchste der Gefühle, dass man also niederschwellig, dynamisch und mit grosser Autonomie arbeitet, dass man die Strukturen schafft oder bestehende so nutzt, wie es passt, und so weiter. Und wer hat's erfunden?

Der VPOD? Echt jetzt?

Jedenfalls sind viele dieser Prinzipien bei uns verwirklicht. Etwa dass persönliche Interaktionen wichtiger sind als seitenlange Reglemente.

«Agiles Arbeiten? Haben wir längst! Persönliche Interaktion ist wichtiger als seitenlange Reglemente.»

Man kann den VPOD durchaus als moderne Organisation bezeichnen…

…und man muss sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen, wie Albert Camus gesagt hat… Noch ein Wort zur Schweizer Gewerkschaftslandschaft. Bleibt der VPOD unter deiner Ägide das Enfant terrible im SGB?

Sind wir das? So schlimm wird's nicht sein. Wir sind jedenfalls ein solidarischer Teil des SGB. Natürlich gibt es mal Differenzen, etwa bei der STAF. Das liegt in der Natur der Sache, weil Betroffenheiten unterschiedlich sein können.

Wir hätten uns ein weibliches Präsidium gewünscht.

Natürlich, aber wir respektieren das Ergebnis demokratischer Wahlen. Ich persönlich arbeite mit Pierre-Yves Maillard jedenfalls sehr gut zusammen und freue mich, das zu vertiefen.

Und auf der strukturellen Ebene? Zahlreiche Berufsverbände, die in unserem Organisationsgebiet direkte Konkurrenten sind, haben beim SGB Mitglied- oder Assoziiertenstatus. Es kann uns nicht gefallen, dass sich unterm Dach des Gewerkschaftsbundes Verbände tummeln, die es auf unsere potenziellen Mitglieder abgesehen haben.

Die Assoziierung oder Vollmitgliedschaft von Berufsverbänden im SGB finde ich schwierig, ja. Es schadet unserer Glaubwürdigkeit am Verhandlungstisch, wenn sich ein Teil der Delegation nur gerade für eine bestimmte Personalgruppe einsetzt, während wir die Interessen aller Beschäftigten vertreten. In diesem Spannungsfeld sind in der Tat einige Dinge beim SGB nicht sehr gut gelöst. Die Welt ist nicht perfekt. Das sollte uns nicht entmutigen.

Damit geht das Problem einher, dass wir als Gewerkschaft in erster Linie nach dem Arbeitgeberprinzip organisiert sind, die Branche ist für uns sekundär. Das bedeutet, dass wir für die Bedürfnisse aus den einzelnen Branchen kein konkurrenzfähiges Programm haben. Im Gegensatz zu den Berufsverbänden, die sich in den Berufsschulen ebenfalls als Gewerkschaft ausgeben. Und die womöglich billiger sind.

Das gilt aber nicht für alle Bereiche. Nehmen wir die Mitarbeiterinnen in den Kitas. Hier sind wir mit grossem Elan daran, etwas aufzubauen, und gehen dabei auch auf die branchenspezifischen Probleme ein. Wir sind ja auch die Expertinnen für öffentliche Finanzierung; wir kennen die unterschiedlichen Systeme. Und wir können deshalb sagen, wo in dieser komplizierten Tinguely-Maschine die Hebel sind, die wir bewegen müssen. Das sind, beim VPOD mehr als bei den anderen Gewerkschaften, immer wieder eminent politische Fragen, denen man mit dem engen Blick auf einen einzelnen Berufsstand nicht beikommt. Denn bei der Finanzierung liegt der Hund sehr oft begraben.

VPOD-Zentralsekretär Kurt Altenburger wird pensioniert

Die Treue zum Verkehr

Nach lebenslangem Engagement für die Gewerkschaftsbewegung, davon die letzten 14 Jahre beim VPOD, tritt Kurt Altenburger in den Ruhestand. Wir blicken zurück auf ein Vierteljahrhundert enge und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Text: *Stefan Giger (Foto: VPOD)*

Eine Gesetzesänderung brachte Mitte der 1990er Jahre die Nahverkehrsbetriebe unter Druck. Mit dem damaligen Eisenbahngesetz wurde die Deregulierung der ganzen Branche eingeläutet: Buslinien sollten künftig öffentlich ausgeschrieben und an den billigsten Anbieter verhökert werden, entsprechend – das war uns klar – würden Lohn- und Anstellungsbedingungen unter Druck geraten. Einen Vorgeschmack gab 1996 die erste Buslinien-Ausschreibung im Zürcher Glatttal, wo die VBZ ihren bisherigen Fahrauftrag verloren und ein Dumping-Anbieter obsiegte.

Gewerkschaftliche Verkehrs-AG

Zusammen mit anderen betroffenen Gewerkschaften bereitete sich der VPOD auf die zweite Glatttalausschreibung 1998 vor und gründete die «Gewerkschaftliche Verkehrsbetriebe AG». Zweck: Im Wettbewerb mitbieten und gegen Dumping-Anbieter klagen können. Im Verkehrspersonalverband SEV fanden wir einen wichtigen und zuverlässigen Bündnispartner. Der SEV eröffnete just in diesem Jahr sein erstes Regionalsekretariat in Zürich und mietete sich ein im VPOD-Zentralsekretariat, das damals noch an der Sonnenbergstrasse 87 beheimatet war. Erster SEV-Regionalsekretär war Kurt Altenburger, der sein zuvor ehrenamtliches Engagement beim SEV zum Beruf machte und das SEV-Regionalsekretariat Zürich aufbaute.

So durften wir bereits damals eng mit dem Kollegen zusammenarbeiten. Wenn ich mit ihm zusammen von der Dolderbahnhaltestelle zum Sekretariat hinaufstieg, war es immer eine mittlere Herausforderung, mit dem agilen Berggänger mitzuhalten. Kurt wurde ein selbstverständlicher Teil unseres Sekretariatsteams. An den Jahresschlussessen in der Trigon-Kantine war er selbstverständlich immer ein willkommener Gast – und nicht nur, weil er jedes Mal eine schöne Flasche Grappa mitbrachte.

Ein schnelles Ja-Wort

Als das Zentralsekretariat an den heutigen Standort an der Birmensdorferstrasse 67 zügelte, machten auch das SEV-Sekretariat und Kurt Altenburger diesen Umzug mit. Als der Schreibende im November 2007 zum VPOD-Generalsekretär gewählt wurde, brauchte der VPOD einen qualifizierten Zentralsekretär, der unter anderem die Nahverkehrsbranche nahtlos übernehmen konnte. Und zwar möglichst per sofort. Was für ein Glück für den VPOD, dass Kurt Altenburger bereit war, diese Herausforderung anzutreten: Im April 2008 begrüssten wir ihn als VPOD-Zentralsekretär.

Die Verantwortung für die Branche Nahverkehr war «gesetzt», daneben übernahm er die ebenfalls traditionelle Kommission Bau Land Forst neben vielen weiteren Aufgaben und Ämtli; so erwarb er sich auch im OK des beim VPOD liebevoll «Putzbummel» genannten Betriebsausflugs unvergängliche Meriten. Ein weiteres Arrangement fügte sich wie von selbst hinzu: Kurt Altenburger zügelte aus der Stadt Zürich nach Rafz und war damit – auf halbem Weg zwischen Zürich und Schaffhausen – optimal aufgestellt, im Auftrag der Region das Schaffhauser VPOD-Regionalsekretariat zu führen.

Vielseitig engagiert

Auch neben der beruflichen Tätigkeit engagierte sich der Kollege in der Arbeiterbewegung. Er wirkte als Arbeitsrichter, und viele Jahre war er Präsident der Baugenossenschaft des Eidgenössischen Personals – mehrere grosse Erneuerungsprojekte fielen in seine Ära. Auch in seiner neuen Wohngemeinde Rafz vermochte Kurt Altenburger sein politisches Talent nicht lange geheim zu halten. Für die SP eroberte er zunächst einen Gemeinderatssitz, später sogar das Gemeindepräsidium – im eher konservativ geprägten Zürcher Unterland die grosse Ausnahme. Sie belegt, wie gut und glaubwürdig der Kollege seine Anliegen zu vertreten und Menschen zu überzeugen weiss.

Abschied vom VPOD: Kurt Altenburger.

Das Gemeindepräsidium wird Kurt Altenburger auch über seine Pensionierung beim VPOD hinaus weiterführen. Wir wünschen ihm dabei wie auch bei allen weiteren Aktivitäten – geplant ist etwa eine Ausbildung zum Bier-Sommelier – alles Gute und danken herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und die Freundschaft, die uns verbindet.

Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär seit 2008, tritt in den (Teil-)Ruhestand

Ende einer Dienstfahrt

Seit 2008 war Stefan Giger VPOD-Generalsekretär. Jetzt geht er in Pension – oder tritt zumindest in die hintere Reihe. Ganz wird man das «beste Pferd im Stall» noch nicht entbehren können. Auch wenn es sich jetzt endlich wieder seinen anderen Steckenpferden widmen kann. | **Text:** *Natascha Wey und Christoph Schlatter (Fotos: VPOD und Eric Roset)*

Stefan Giger, der in Gösgen (SO) aufgewachsen ist, stiess beruflich 1989 zum VPOD, als 30-Jähriger. Zuvor hatte er einige Jahre als Sekundarlehrer unterrichtet, noch früher, während des Studiums, zum Geldverdienen Heizungen montiert. Sein politischer Weg führte ihn von «Ausläufern der lokalen 68er-Bewegung» in die Sozialdemokratische Partei, wo er allerdings kein Streben nach politischen Ämtern entwickelte. Sein Wirken in der Politik bestand im Wesentlichen darin, an den Gemeindeversammlungen seines Wohnorts Oberentfelden (AG) für die Aufnahme jener Ausländerinnen und Ausländer zu stimmen, die das Schweizer Bürgerrecht anstrebten. Ungeachtet der Tatsache, dass manche der so Begrüssten ihm kurze Zeit später unterm SVP-Sünneli-Label gegenübertraten.

Unversehens in der Defensive

Im VPOD-Zentralsekretariat betreute der junge Kollege zunächst vor allem die Verkehrssektionen, einen Job, den er von Victor Schiwoff erbte, der dannzumal gerade in Pension ging. Es war eine Zeit, in welcher sich nicht nur der VPOD, sondern die ganze Welt im Umbruch befand. Die Mauer war gefallen und damit auch ein – wenn auch prekäres – Gleichgewicht des Schreckens und eine gewisse Zähmung des Kapitalismus. Jetzt fanden die neoliberalen Rezepte von Thatcher, Reagan & Co. plötzlich auch in «linken» Kreisen Gehör, vorab bei Schröder, Blair und Konsorten. Jedenfalls fand sich der VPOD unversehens in einem Abwehrkampf gegen New Public Management und die Aushöhlung und Verhökerung des Service public.

Es war viel Bewegungs- und Überzeugungsarbeit auch innerhalb der Linken notwendig, um den Gedanken zu verankern, dass der «freie» Markt gerade bei Netzwerkbranchen nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist. Die Ausschreibung von Nahverkehren landauf, landab liess sich zwar nicht verhindern. Aber letztlich ging diese Runde an den VPOD und die anderen Verkehrsgewerkschaften. Während aus dem europäischen Ausland zunehmend Meldungen von bröckelnder Infrastruktur, stillgelegten Linien, geplagtem Personal eingingen, gelang es in der Schweiz, den entscheidenden Riegel zu schieben – indem man nämlich den privaten Anbietern Gewinn aus öffentlicher Dienstleistung verbot.

In solchen Kämpfen spielte Stefan Giger virtuos auf der Klaviatur der gewerkschaftlichen Möglichkeiten. Mehrere Male kam es zu Streiks oder Beinahe-Streiks, so im Januar 1999 bei der VBZ in der Stadt Zürich. Thomas «Bisch nümme Stapi» Wagner (FDP), der zuständige Stadtrat, spuckte wilde Töne à la: Streikende hätten die Entlassung zu gewärtigen. Verkehrsverbund-Chef Franz Kagerbauer markierte ebenfalls den harten Hund. Trotzdem ging – auf Intervention von SP-Stadträtin Esther Maurer, die sich als Polizeidirektorin vor einem morgendlichen Verkehrschaos fürchtete – in der Nacht das entscheidende Ja zu GAV-Verhandlungen beim VPOD ein. Und die streikwilligen VBZ-Leute lenkten ein. Und lenkten wie jeden Morgen ihre Fahrzeuge aus dem Depot.

Salami-Taktik und die Folgen

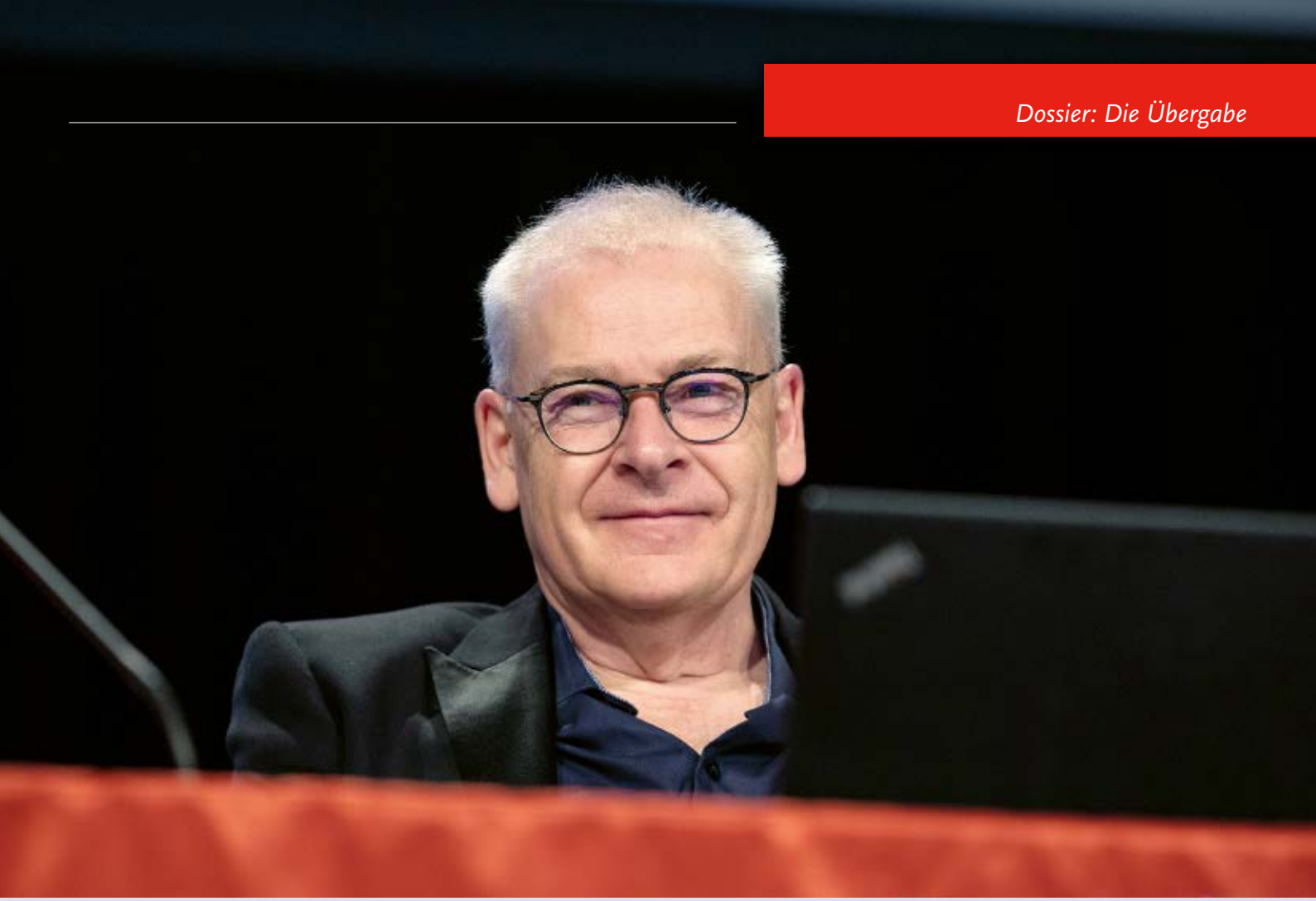
Leider gelang die Abwehr neoliberaler Begehrlichkeiten nicht auf dem ganzen Organisationsgebiet des VPOD gleich gut. Im Gesundheitsbereich etwa kamen die Liberalisierer mit ihrer Salamitaktik oft sehr weit, etwa bei der Privatisierung von Spitälern. Aber dann kam Stefan Giger, der noch einen Trumpf in der Hinterhand hatte, weil er eben auch das Kleingedruckte in Gesetz und Rechtsprechung gelesen hatte und also wusste, dass Betriebe ausserhalb des öffentlichen Anstellungsrechts unter das Arbeitsgesetz fallen. Die Liberalisierungsturbos hatten nicht bedacht, dass damit auch die Bestimmungen über Mindestruhe- und Maximalarbeitszeiten anwendbar wurden…

Um die Nachfolge von Doris Schüepp (Generalsekretärin seit 1994) kam es am VPOD-Kongress 2007 in Basel zu einer Kampfwahl. Dore Heim, die externe Kandidatin, konnte ebenfalls auf gewerkschaftliche Erfahrung verweisen: als ehemalige Sekretärin der SJU, der Schweizerischen Journalistinnen- und Journalistenunion, die einst ein Teil des VPOD war. Der interne Bewerber, der sich eher kurzfristig zur Kandidatur entschlossen hatte, gewann deutlich, aber so, dass Heim, die wenig später als Zentralsekretärin zum SGB stiess, unbeschädigt aus der Ausmarchung hervorging.

Föderalismus als Knackpunkt

Dass es kein einfacher Job werden würde, war Stefan Giger bewusst; er kannte ja den Laden. Sein erstes grosses Projekt als Generalsekretär – eine Fusion der grossen Service-public-Gewerkschaften (mit Ausnahme des SEV) – kam nicht zustande. Am Ende schlossen sich nur die Gewerkschaft Kommunikation und die Comedia zur heutigen Syndicom zusammen, der VPOD stieg aus. Auch wenn Dolchstosslegenden kursierten, wonach träge Apparatschiks den Anschluss des VPOD hintertrieben hätten: Die Wahrheit ist, dass die beiden anderen Partner zu jenem Zeitpunkt nicht bereit waren, dem VPOD den für ihn lebensnotwendigen Föderalismus in ausreichendem Mass zuzugestehen.

Beinahe-Streik 1999: Das Fernsehen berichtet.



Stefan Giger, der scheidende Generalsekretär.

Der zweite Ansatzpunkt Gigers war der Versuch, die Gewerkschaft stärker auf die kollektive Auseinandersetzung zu trimmen und den Organizing-Gedanken einzupflegen. Eine Gewerkschaft lebt vom Gemeinsinn, vom kollektiven Kampf (und wenn's sein muss: Streik); sie kann nicht existieren, wenn sie lediglich eine Versicherung zur Einzelfallberatung ist. Zumal dann nicht, wenn die Fraglichen erst eintreten, wenn sie bereits tief im Kakao stecken (sogenannter «Eintritt mit Fall», eigentlich ein No-Go).

Den Mentalitätswandel formulierte Stefan Giger überzeugend im Positionspapier «Die Gewerkschaft stärken», das nicht nur am Kongress von 2011 eine überwältigende Mehrheit fand, sondern dessen Geist auch – wiewohl in unterschiedlichem Tempo – in die Regionen sickerte. Dass es mal da, mal dort knirschte oder knarzte, brodelte oder brannte und Stefan Giger sich als Vermittler in internen Konflikten betätigen musste, liegt wohl in der Natur der Gewerkschaftssache.

Allseits kompatibel

Stefan Giger war mit jedem Milieu kompatibel und mit jedem Arbeitgeber auf Augenhöhe. Er stand vorbehaltlos hinter den Frauenanliegen und war eine eigentliche Allzweckwaffe, wovon der VPOD schamlos profitierte. Zu seinen Spezialgebieten gehörte das Arbeitszeitgesetz, also das spezifische «Arbeitsgesetz» für das Verkehrspersonal. Kurse in Dienstplangestaltung hat er – Lehrer bleibt Lehrer – mit Wonne gegeben; ebenso bekannt sind seine Referate und Schulungen zu sämtlichen Aspekten des Pensionskassenwesens mit den legendären Powerpoint-Darstellungen von sich füllenden und leerenden Brunnentrögen. Auch hier konnte er aus dem Vollen schöpfen – und wird es vielleicht noch eine Weile tun.

Über die Geschichte der Arbeiterbewegung wusste er ähnlich gut Bescheid, über die grossen Linien ebenso wie über die Historie in den einzelnen VPOD-Branchen. Das konnte dazu führen, dass er in Sitzungen sehr weit ausholte … «Da muss man die Vorgeschichte kennen»: Wenn ein Giger-Votum mit diesen Worten begann, durfte man sich auf eine längere Abhandlung einstellen.

Es ist schwer vorstellbar, dass Stefan Giger, gewöhnt an 80- oder 100-Stunden-Wochen, einfach so die Hände in den Schoss legt. Und mutmasslich wird das auch nicht so bald geschehen, obwohl der bisherige Generalsekretär das Amt bereits an die Nachfolgerin übergeben hat. Jedenfalls ist diese froh, dass sie eine Tür oder mindestens eine Telefonnummer hat, wenn sie einmal Rat braucht. Das könnte in diesem komplexen Gebilde namens VPOD dann und wann der Fall sein. Das immense Wissen Stefan Gigers auf allen Gebieten, vom Recht über die Ökonomie bis zur Verhandlungs- und Bewegungsführung, steht noch eine Weile zur Verfügung.

Sudoku-Level erhöhen?

Wir lassen Stefan Giger ungern ziehen. Aber wir freuen uns, dass er sich jetzt seinen Hobbys widmen kann. Wobei gar nicht so genau bekannt ist, ob er welche hat – denn neben dem von ihm absolvierten Pensum hatte nicht allzu viel Platz. Im Lösen von Sudokus (ein erstes knackte er meist schon vor dem Frühstück) kann er sich nunmehr von der Stufe «extrem schwer» aufs Level «mörderisch» hieven. Auch in Küche bzw. Backstube wird man den Kollegen wohl gelegentlich antreffen; darauf lässt sich aus den Znünis schliessen, die er jeweils geburtstagshalber in die Kaffeepause mitbrachte. Und dann wird auch für Nichtfachlektüre und Musik, lange vernachlässigte Steckenpferde, Zeit sein. Wir wünschen bei all dem viel Freude.

Stillschweigen als Ja zur Lohnsenkung?

Wann gilt eine Lohnsenkung als stillschweigend akzeptiert? Ein Genfer Gericht bestätigt, dass nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden könne, dass Arbeitnehmende, die nicht reagieren, Zustimmung signalisieren. Wohl sei dies häufig der Fall. Aber es könnten auch besondere Umstände vorliegen, etwa in der «Unerfahrenheit des Arbeitnehmers, seiner Schüchternheit gegenüber seinen Vorgesetzten, seiner fügsamen Natur». Schon 2014 hatte das Bundesgericht den Fall einer Beschäftigten, deren Lohn nicht wie vom GAV vorgeschrieben nach oben angepasst wurde, zugunsten der Arbeitnehmerin entschieden, obwohl diese sich vier Jahre lang nicht darüber beschwert hatte. Es sei nicht ungewöhnlich, dass Beschäftigte aus Angst um ihre Stelle nicht bereit seien, ihre Ansprüche vollumfänglich geltend zu machen. | *vpod*

Beschimpfung: Wie weit dürfen Gewerkschaften gehen?

«Mafiasystem» ist strafbare Beschimpfung

Artikel 177 des Strafgesetzbuches beschreibt die «Beschimpfung». Ist dieser Tatbestand erfüllt, wenn Gewerkschaften oder ihre Vertreterinnen und Vertreter einem Unternehmen an den Karren fahren? Das Bundesgericht hält fest, dass die Meinungsäusserungsfreiheit grundsätzlich gewährleistet ist und dass Arbeitnehmerorganisationen die Möglichkeit haben müssen, ihre Kritik an Arbeitsbedingungen oder Geschäftsgebaren eines Unternehmers vorzutragen. Dabei seien auch Vereinfachungen und Übertreibungen in einem gewissen Mass hinzunehmen. Dass die Politik eines Arbeitgebers aber als «Mafiasystem» angeprangert wird, geht dem Bundesgericht zu weit. Ob es nicht eventuell darauf ankäme, ob an dem Vorwurf was dran ist oder nicht, fragt verwundert der juristische Laie. Oder kann auch die Wahrheit Beschimpfung sein – wenn man einen Tubel Tubel nennt? | *slt (Foto: SIphotography/iStock)*

Melinda Nadj Abonji Terroristes – zehn Geschichten

5 Der unbekannte Held I

Wenn die Bombe im Münchner Bürgerbräukeller um 21 Uhr 07 explodiert wäre, nachdem Hitler seine Rede gehalten, den stürmischen Applaus entgegengenommen hatte. Oder wenn ein junger, aufstrebender Nationalsozialist die Aufmerksamkeit des «Führers» auf sich hätte ziehen können mit einer besonders interessanten, «weltanschaulichen» Frage, deren Beantwortung mehrere entscheidende Minuten in Anspruch genommen hätte – wenn sich sogar eine Traube um Hitler gebildet und seine Laune hätte gehoben werden wollen durch schmeichelnde Komplimente, leuchtende Augenpaare, o bitte bitte! eine bleibende Erinnerung durch einen Händedruck mit dem «Führer!» – wenn die Kellnerin eine falsche Bewegung gemacht, Hitler mit schäumendem Weissbier überschüttet hätte, der «Führer» abgetupft, getrocknet, seine Uniform behelfsmässig hätte gereinigt werden müssen – und schliesslich: wenn es in dieser Nacht nicht neblig gewesen wäre, hätte Hitler den Bürgerbräukeller nicht unmittelbar nach seiner Rede verlassen, 13 Minuten zu früh!, um mit dem Zug nach Berlin zurückzureisen, statt wie geplant mit dem Flugzeug; wenn er und die gesamte NS-Führungsspitze länger geblieben wären und durch die Bombe um 21 Uhr 20 ihren Tod gefunden hätten, dann wäre die Weltgeschichte mit grosser Wahrscheinlichkeit anders verlaufen; Georg Elser, der die Bombe konstruiert und in eine Säule direkt hinter dem Rednerpult eingebaut hatte – die Höllenmaschine, wie er die Bombe nannte – hätte an diesem 8. November 1939 wohl Millionen von Menschen das Leben gerettet.

Aus den publizierten Verhörprotokollen erfahren wir, dass der Schreiner und Musiker Georg Elser die Tat allein geplant und allein durchgeführt hat. Bereits im Herbst 1938 hatte Elser den Entschluss dazu gefasst. Er reiste mehrmals nach München, um die Örtlichkeit zu studieren, die besagte Säule zu skizzieren. Den notwendigen Sprengstoff beschaffte er sich in einem Steinbruch, wo er sich anstellen liess und das Pulver portionenweise stahl. Von August bis November 1939 suchte er mehr als 30-mal den Bürgerbräukeller auf, bestellte jeweils ein einfaches Gericht und versteckte sich, nachdem er die Rechnung beglichen, sich von der Kellnerin verabschiedet hatte, in einer Abstellkammer. In mühsamer, stundenlanger Nachtarbeit höhlte Elser die Säule aus, platzierte die Bombe und liess sich am 7. November 1939 ein letztes Mal im Restaurant einschliessen; er prüfte, ob seine Höllenmaschine auch wirklich funktionierte … sie tickte … und würde, wie von ihm geplant, exakt um 21 Uhr 20 in die Luft gehen, aber eben nicht die erwünschten Männer in den Tod reissen, sondern 4 SA-Männer und 3 langjährige Mitglieder der NSDAP und eine Kellnerin, die an diesem Abend aushalf.

Melinda Nadj Abonji ist Schriftstellerin und Musikerin

Zufällig erfuhr ich von diesem (nahezu) unbekannten Helden, Georg Elser – dass er seine Tat begangen hatte, weil sich die Situation der Arbeiter seit der «nationalen Revolution» zusehends verschlechterte; weil ihm bereits im Herbst 1938 klar war, dass mit dieser «Führung» ein Krieg unausweichlich war und sich nur durch den Tod der «Obersten», von Hitler, Goebbels und Göring vermeiden liesse; weil man durch die HJ nicht mehr «Herr der eigenen Kinder» sei und man sich auch in «religiöser Hinsicht nicht mehr so frei betätigen» könne; nein, seine Tat sei «keine Sünde im tieferen Sinne», er habe sie begangen, um «grösseres Blutvergiessen» zu verhindern, gab Elser während des Verhörs durch die Gestapo zu Protokoll.

Und es erschüttert mich, weil man schon damals – und nicht erst 50 Jahre später – hätte wissen müssen, dass Georg Elser kein Verbrecher, Mörder und Terrorist ist, sondern ein freiheitsliebender, mutiger und denkender Mensch, ein Widerstandskämpfer, ein Held. Aber die Mehrheit irrt, lässt sich täuschen, wie so oft. Durch das Gift der Sprache. Die Macht der «Obersten».

Am Rande der ILO-Arbeitskonferenz: Der SGB lud ukrainische Gewerkschaften zum Austausch

Kampf an allen Fronten

Die ukrainischen Gewerkschaften führen mindestens einen Dreifrontenkrieg. Dies zeigte sich an einem Gespräch am Rande der ILO-Konferenz: Sie leisten Nothilfe, sie kämpfen für ausreichende soziale Unterstützung, und sie müssen verhindern, dass das Arbeitsrecht dereguliert wird. | Text und Foto: *SGB*

Unter dem Krieg in der Ukraine leidet die gesamte Bevölkerung. Besonders schwer trifft es die Arbeitnehmenden. Zivile Produktionsstätten, Einkaufszentren, Lebensmittel-Magazine, Bahnhöfe und sogar Spitäler und Schulen sowie unzählige weitere Arbeitsorte waren und sind – in eklatanter Verletzung des Völkerrechts – direktes Ziel der russischen Armee.

Den ukrainischen Gewerkschaften kommen in dieser Extremsituation zusätzliche Aufgaben zu. Dies betonte auch die Delegation von ukrainischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die der SGB am Rand der ILO-Arbeitskonferenz in Genf zum Austausch geladen hatte. Gewerkschaften liefern beispielsweise Hilfsgüter in kriegsversehrte Gebiete und helfen bei der Evakuierung der Zivilbevölkerung. Enorme Ressourcen werden dadurch gebunden – Ressourcen, die oft gar nicht vorhanden sind, weshalb die Gewerkschaften auf internationalen Support angewiesen sind.

Das Treffen zum Austausch mit den ukrainischen Gewerkschaften kam auf Einladung des SGB (in der Mitte: Zentralsekretär Luca Cirigliano) in Genf zustande.

Zu wenig zum Leben

Auch die Schweizer Gewerkschaften unterstützen deshalb die ukrainischen Kolleginnen und Kollegen seit Kriegsbeginn mit Material und mit Geld. Der Europäische Gewerkschaftsbund, der am Gespräch durch seinen Generalsekretär Luca Visentini vertreten war, forderte, dass auch EU-Gelder direkt den ukrainischen Gewerkschaftsbünden zufliessen, was bisher nicht geschehen ist. Einzig der SGB und die Hilfswerke Solifonds und Solidar haben namhafte Beiträge geleistet. Die internationale Gemeinschaft muss auch – mit den Gewerkschaften vor Ort – dafür sorgen, dass die Sozialleistungen für die Notleidenden in der Ukraine laufend angepasst werden. Die Preise für Lebensmittel und Benzin steigen und steigen, und wer kriegsbedingt die Stelle oder die Wohnung verloren hat, erhält zum Leben viel zu wenig.

Auch aus diesem Grund ist eines der Hauptziele der ukrainischen Gewerkschaften, dass Büros und Fabriken ihren Betrieb wenn immer möglich aufrechterhalten können, so dass die Arbeitnehmenden weiter Lohn bekommen. Gewerkschaften machen auch dahingehend Druck, dass Arbeitgeber ihren Angestellten persönliche Schutzausrüstungen abgeben und dass möglichst überall Luftschutzkeller eingerichtet und/oder zugänglich gemacht werden. Derweil ruht das Alltagsgeschäft der Gewerkschaften in der Ukraine aber nicht: Die Politik geht weiter; unter anderem wird im Parlament um Notlerlasse gerungen. Die Gewerkschaften sind gefordert, die Rechte der Arbeitnehmenden vor Liberalisierungsgelüsten einzelner Parteien zu schützen, welche den Krieg als Chance zur Deregulierung auffassen.

Intakte Zivilgesellschaft nötig

Gerade jetzt, da die Ukraine – zu Recht – eine möglichst rasche Integration in die Europäische Union anstrebt, müssen die Gewerkschaftsrechte gewahrt bleiben. Die Fehler, die anderswo in Osteuropa oder im Baltikum gemacht wurden, dürfen sich nicht wiederholen: dass man nämlich kurz vor dem EU-Beitritt den Schutz der Arbeitnehmenden schleift. Im Gegenteil: Für einen Beitritt zur EU braucht es eine intakte Zivilgesellschaft, zu der auch gute sozialpartnerschaftliche Beziehungen und die Einhaltung der grundlegenden Arbeitsrechte gehören.

Russischer FNPR droht das Aus

Die Solidarität von SGB, EGB und IGB gilt ungebrochen allen Ukrainerinnen und Ukrainern und spezifisch den Arbeitnehmenden, die vom Horror des Krieges direkt betroffen sind. Der IGB informierte derweil, dass die russische sogenannte «Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands» FNPR (die in keiner Weise unabhängig ist) bis auf Weiteres in ihrer Mitgliedschaft suspendiert bleibt. Ihr droht am nächsten IGB-Kongress im November der Ausschluss, weil sie sich vom Putin-Regime für hetzerische Kriegspropaganda hat vereinnahmen lassen.

Norwegisches Öl sprudelt wieder.

Norwegen beendet Öl-Streik

74 Arbeiter auf norwegischen Öl- und Gasplattformen waren nach gescheiterten Lohnverhandlungen in Streik getreten. Weitere 117 wollten sich ihnen anschliessen. Die absehbare Ausweitung des Arbeitskonflikts führte zu einer sofortigen Intervention der norwegischen Regierung. Angesichts der Energiekrise und der geopolitischen Situation wäre ein Ausfall der fossilen Brennstoffe aus Norwegen unverantwortlich, befand Arbeitsministerin Marte Mjøs Persen. Sie hat ein unabhängiges Gremium mit einer Lösung im Arbeitskonflikt beauftragt; der Export von Öl und Gas, der durch den Streik auf die Hälfte reduziert worden wäre, läuft derweil wieder auf bisherigem Niveau. | *slt (Foto: GLPhotoproductions/iStock)*

Streiks zur Hauptreisezeit

Die Sommerferien 2022 – die ersten seit Jahren, in denen man wieder weitgehend ungehindert reisen kann – werden durch Streiks geprägt. Grund dafür ist meist Personalmangel; die Unternehmen hatten wegen Corona grosse Teile der Belegschaften entlassen, jetzt sollen die Verbliebenen die Last eines «normalen» Reisesommers schultern. Zum grössten Bahnstreik seit Menschengedenken (nämlich seit dem Zweiten Weltkrieg) kam es in Grossbritannien, sogar die Londoner U-Bahn war betroffen; auch Frankreichs Bähnlerinnen und Bähnler streikten, allerdings vorerst nur zur Warnung. Im Luftverkehr streikten die Pilotinnen und Piloten der skandinavischen SAS, was zehntausende Fluggäste betraf. Einige von ihnen wurden durch Sonderflüge heimgeholt; zu weiteren Konzessionen sind die Streikenden aber nicht bereit. Ein Streik im Taxigewerbe in Rom richtet sich gegen die Liberalisierung – konkret: gegen die Konkurrenz von Uber, welche die mit bis zu 250 000 Euro teuer bezahlten Lizenzen der Taxifahrenden zu entwerten droht. | *slt (Foto: MarioGuti/iStock)*

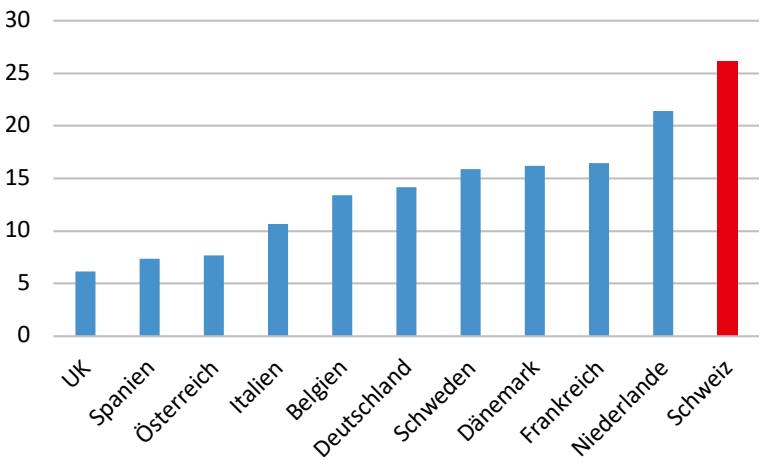
Lohnerhöhungen reichen nicht

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der deutschen Hans-Böckler-Stiftung prophezeit für die nächsten Monate eine schwächelnde Konjunktur mit akuter Rezessionsgefahr. Als Gründe nennt es die durch den Ukraine-Krieg bedingte Unsicherheit, die Unterbrüche in weltweiten Lieferketten, einen

Wirtschaftslektion Weniger Teuerung dank Service public

Die Teuerung in der Schweiz wird über das ganze Jahr 2022 etwas mehr als 2,5 Prozent betragen. Das ist viel weniger als in den meisten anderen Ländern. In den USA und in Deutschland wird mit einer Jahresteuerung von 7 Prozent und mehr gerechnet. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Inflation in der Schweiz geringer ist. Ein Faktor ist der günstigere Energiemix der Schweiz, durch den das Land weniger stark von fossilen Brennstoffen abhängt: In der Schweiz stammt rund die Hälfte der verbrauchten Energie aus Erdöl und Erdgas; in Deutschland und in Italien machen Öl, Gas und Kohle hingegen mehr als drei Viertel des Energiemixes aus. Das treibt die Konsumentenpreise in die Höhe. Leicht teuerungsdämpfend wirkt auch der überbewertete Franken. Dadurch kann die Schweiz Produkte aus dem Ausland günstiger einkaufen.

Anteil administrierter Preise am Gesamtwarenkorb (in Prozent)



Quelle: Eurostat

Ein unterschätzter Faktor ist aber insbesondere der Service public. Die Schweizer Privathaushalte beziehen ihren Strom von regulierten Grundversorgern. Im Unterschied zu Deutschland, wo der sogenannte Strommarkt auch für Privathaushalte eingeführt wurde. Damit können die Stromanbieter die gestiegenen Kosten schneller an die Haushalte weitergeben als in der Schweiz. Die deutschen Strompreise stiegen innert Jahresfrist von rund 30 auf 40 Cent/kWh. Das sind rund 33 Prozent. In der Schweiz resultierte bisher ein Anstieg von 2,4 Prozent.

In der Schweiz ist rund ein Viertel der Preise der Konsumentinnen und Konsumenten reguliert. In den meisten EU-Ländern hingegen macht der Anteil der «administrierten Preise» nur rund ein Achtel aus. Neben dem Strom hat die Schweiz auch Preis- und Marktregulierungen beispielsweise bei der Post, im öffentlichen Verkehr oder bei Gebäudeversicherungen. In der EU wurden hingegen namentlich die Post-, die Energie- und die Verkehrsdienstleistungen dem Wettbewerb ausgesetzt. Die Folgen sind teilweise bemerkenswert. So hat die Deutsche Post gerade noch zwei eigene Filialen. Eine am Hauptsitz und eine im Bundestag. Der Rest sind sogenannte Agenturen.

Wenn die Strompreise im Grosshandel europaweit steigen, hat das natürlich auch Auswirkungen auf die Schweiz. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass die Versorgungsunternehmen die Strompreise 2023 von heute rund 21 auf neu 25 Rappen/kWh erhöhen könnten. Allerdings ist der Spielraum für preisdämpfende Massnahmen noch nicht ausgeschöpft. Die Versorgungsunternehmen können auf Gewinn verzichten oder inländische erneuerbare Energien priorisieren. Diese Massnahmen sollten nun ergriffen werden. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

geminderten Konsum und steigende Kapitalmarktzinsen. Die Herausforderung für die Wirtschaftspolitik bestehe darin, «den inflationsbedingten Kaufkraftverlust der Arbeitnehmenden wenigstens teilweise auszugleichen». Dies könne nicht mit Lohnerhöhungen allein geschehen, weil diese die Lohn-Preis-Spirale antrieben. Vielmehr müsse man auch über Steuern auf ausserordentlichen (krisenbedingten) Gewinnen von Unternehmen nachdenken. | *slt*

Die EU wird sozial

Der SGB anerkennt, dass in der EU in vielen Punkten arbeitnehmerfreundlichere Regelungen gelten als in der Schweiz. Im Rahmen des Projekts «Abbau der Regulierungsunterschiede» plädiert er für eine Anpassung der Schweizer Bestimmungen. Beispielsweise bei der Temporärarbeit, wo eine EU-Richtlinie die vollumfängliche Gleichstellung mit Festangestellten verlangt. Positiv ist etwa auch das von der EU gewährte Recht auf «Stopp bei Gefahr». Es garantiert den Beschäftigten, dass sie keinen Nachteil erleiden, wenn sie bei ernster und unmittelbarer Gefahr die Arbeit einstellen. Letztlich fordert der SGB auch die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, welche die sozialen Rechte stärkt. Vielleicht wäre es ja sinnvoll gewesen, diese Forderungen in die Debatte über das Rahmenabkommen einzuspeisen. | *slt*

Glücklich, wer Mitglied ist!

Frühere Untersuchungen über das Wohlbefinden von Arbeitnehmenden kamen häufig zum Befund, dass die Arbeitszufriedenheit unter Gewerkschaftsmitgliedern geringer sei als in der Gesamtheit der Beschäftigten. Vielleicht, weil sie mehr als die anderen über ihre Situation nachdenken? Oder weil sie bei Schwierigkeiten nicht einfach den Betrieb wechseln? Seit der Jahrtausendwende scheint sich der Trend umgekehrt zu haben: Eine neue Studie im *British Journal of Industrial Relations* ermittelt aus den Angaben von 2 Millionen Arbeitnehmenden aus den USA, aus Grossbritannien und der EU einen positiven Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und Wohlbefinden. Seit der jüngsten globalen Finanzkrise seien gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit glücklicher und hätten weniger Stress als Nicht-Mitglieder, so die Autoren der Studie. | *slt*

Londons U-Bahn bleibt stehen.

Wer war's? Plagiatsaffäre

Das Plagiat war an dieser Stelle schon einmal Thema: Damals ging es um Edith Oppenheims «Papa Moll»-Comics und deren bestürzende Ähnlichkeit mit «Vater und Sohn» von E. O. Plauen. Spätestens seit 2011 sind Plagiatsaffären auch in der Politik ein wiederkehrendes Schauspiel. Damals stürzte der deutsche Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg jäh aus Amt und Ansehen, weil sich seine Doktorarbeit weitestgehend als Potpourri von nicht gekennzeichneten Zitaten erwies. Zwei Jahre später traf es Bildungsministerin Annette Schavan.

Annalena Baerbock ist womöglich nur deshalb nicht Bundeskanzlerin geworden, weil sie im Wahlkampf ein Buch veröffentlichen zu müssen glaubte. Für «Jetzt. Wie wir unser Land erneuern» hatten ihre Ghostwriter sich zu grosszügig in Nachbarsgärten bedient. Letztes «Opfer» (von Ehrgeiz? von eigener Schlampigkeit? von sich ändernden Ansprüchen an akademische Arbeiten?) ist Franziska Giffey, die sich nicht mehr als Frau Doktor, dafür aber als Regierende Bürgermeisterin von Berlin ansprechen lassen kann.

Heute geht es um einen Fall aus der jüngeren Musikgeschichte: Gesucht wird die Schöpferin des US-amerikanischen Originals von 1973, das 1976 in einen deutschen Elektropopsong verwandelt wurde. Keine Coverversion, da melodisch eigenständig, inhaltlich aber so sehr verwandt, dass das Vorliegen eines Zufalls doch ein rechter Zufall wäre. Beide Lieder zeigen eine Frau in der Angst um ihren Mann oder Geliebten und sind adressiert an die Rivalin, deren Überlegenheit auf jedem Gebiet die Protagonistin neidlos anerkennt. Die Vorzüge der anderen sind im Schlager fast noch poetischer beschrieben als in der englischen Countryballade: *flaming locks of auburn hair* vs. *dein Haar glänzt wie ein Sternenfeld, ivory skin* vs. *dein Teint ist wie aus einem Magazin*…

Identisch aber die Argumentation: Gerade weil die Konkurrentin jeden haben könne, müsse sie sich doch nicht ausgerechnet an den Kerl ranschmeissen, der für die Vortragende der einzige ist. Und möge sich doch, bitte, bitte, jetzt und hiermit vom Acker machen. Zwei Frauen, zwei Kontinente, zwei Biografien. Nummer 2 ist Marianne Rosenberg, aus einer von den Nazis verfolgten Sinti-Familie stammend, Schlagerfast-noch-Kinder-Star der 1970er, heute gereifte Künstlerin und von Schwulen grenzenlos verehrte Diva. Die hier gesuchte Nummer 1 ist eine der erfolgreichsten Komponistinnen aller Zeiten und wohl nur deshalb keine Ikone der Frauenbewegung geworden, weil sie mindestens eine Million Dollar in ihre Oberweite investiert hat. Auf der Haben-Seite stehen sexualpolitisch moderne Ansichten, die man im Bibelgürtel, von wo sie stammt, nicht gern hört. Und jene andere Million Dollar, die sie im April 2020 für die Forschung nach einem Covid-Impfstoff spendete und die mithalf, Moderna zu entwickeln.

Geschwind den Namen der Frau auf eine frankierte Karte oder ins E-Mail geschrieben und ab die Post: VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstr. 67, Postfach, 8036 Zürich bzw. redaktion@vpod-ssp.ch. Absendeadresse nicht vergessen, sonst kann im Gewinnfall der Büchergutschein – je einer à 100, 50 und 20 Franken wird verlost – nicht zugestellt werden. Sommerbedingte Fristerstreckung bis 25. August. | *slt*

Es war Emmy Noether

Eine der raren Mathematikerinnen, die den von ihr beschriebenen Gesetzmässigkeiten den Namen mitgegeben haben, ist Emmy Noether (1882–1935). «Fräulein Dr. Noether» war, wenn auch vorerst nur als «nicht beamteter ausserordentlicher Professor», die erste Professorin Deutschlands – unbezahlt, versteht sich. Sie erforschte sogenannte Ringe, die dann noethersch heissen, wenn sie keine unendliche Schachtelung von immer grösseren Unterstrukturen enthalten können. Klar, oder? Das Wissen um Emmy Noether zumindest fand sich in Kombination mit Losglück bei Ursula Steinegger (Lupsingen), Ueli Tschamper (Basel) und Silvia Stucki (Lozäärn). | *slt*

Nachrufe

Heinz Schüpbach †

Von der März-Vorstandssitzung der Region VPOD Bern Städte Energie direkt in den Indischen Ozean: Heinz Schüpbach, unser langjähriger Präsident der Sektion Burgdorf-Langnau, hat sich mit grosser Vorfreude verabschiedet. Seinen 58. Geburtstag wollte er mit seinen Lieben auf den Malediven feiern. Kurz darauf erreichte uns die Nachricht, die uns ratlos zurücklässt: Das Herz des Kollegen hat plötzlich aufgehört zu schlagen. Heinz Schüpbach hat die Burgdorfer Sitzungen mit Umsicht geleitet. Er war aber auch, je nach Notwendigkeit, treibende Kraft und ruhender Pol der Burgdorfer Fahrdienstkollegen. Wie oft hat er das Steuer herumgerissen, wenn der Karren einer Gruppensitzung emotional lautstark in den Dreck zu krachen drohte. Der Karren wird nie mehr der gleiche sein. Heinz Schüpbach, du fehlst. | *Claudio Marrari*

Rolf Gössi †

Rolf Gössi war eine feste Grösse im VPOD-Verbandsleben. Keine Tagung, keine Konferenz, keine grössere Sitzung, an der er nicht im Hintergrund wirkte: als «Mann des Tons». Die in die Jahre gekommene Übersetzungsanlage in der VPOD-Zentrale hat er am Leben erhalten, notfalls mit dem Lötkolben. Sogar noch 5 Jahre über seine Pensionierung stand er dem VPOD zur Verfügung, dann hat er sich in den Ruhestand verabschiedet mit der Bitte, dass wir uns tontechnisch anders organisieren. Leider hat er die nun angedachten schönen Jahre nicht mehr geniessen können. Ein Aortariss hat seinem Leben überraschend ein Ende gesetzt. Ein ehrendes Andenken im VPOD ist ihm gewiss. | *vpod*

VPOD-Landesvorstand vom 3. Juni 2022

Der Landesvorstand hat im Zentralsekretariat Lausanne getagt und hat

- vom Rücktritt seines Mitglieds Wolfgang Müller (Freiburg) Kenntnis genommen. Es besteht somit eine weitere Vakanz im LV.
- den Antrag der Leitung des Zukunftsprojekts PVB-VPOD zustimmend an die DV weitergereicht, wonach – angesichts beträchtlicher Unterschiede bei Mitgliederbeiträgen und Löhnen – in Richtung einer Kollektivmitgliedschaft des PVB beim VPOD nachzudenken ist.
- die Jahresrechnung 2021 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen zuhanden der DV genehmigt und den Finanzplan 2023/24 zur Kenntnis genommen. Als Stiftungsrat hat der LV die Jahresrechnungen der drei VPOD-Stiftungen genehmigt.
- Überlegungen zu einem grossen Frauenstreik am 14. Juni 2023 getätigt.
- die Modalitäten bei der Ablösung des heutigen Generalsekretärs sowie die Traktanden für die DV vom 25. Juni bestimmt.
- ein Papier zur Steuerpolitik, das dem SGB-Kongress vorgelegt werden soll, zuhanden der DV bereinigt.

Stefan Giger, Generalsekretär

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 9. April 2022

Die Delegiertenversammlung hat in der PH Zürich getagt und hat

- Generalsekretär Stefan Giger und Zentralsekretär Kurt Altenburger gewürdigt und mit grossem Dank sowie einem Umtrunk in die Pensionierung verabschiedet.
- Natascha Wey, bisher stellvertretende Generalsekretärin, einstimmig zur neuen Generalsekretärin des VPOD gewählt.
- die Jahresrechnung 2021 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen gutgeheissen und den Finanzplan 2023/24 zur Kenntnis genommen.
- die Leitung des Zukunftsprojekts PVB-VPOD beauftragt, die Option einer Kollektivmitgliedschaft weiterzuverfolgen.
- das an den SGB-Kongress gerichtete Positionspapier zur Steuerpolitik finalisiert.
- die Parolen für die Eidgenössische Volksabstimmung vom 17. September beschlossen: Nein zu den beiden «AHV 21»-Vorlagen, Nein zur Teilabschaffung der Verrechnungssteuer, Ja zur Massentierhaltungsinitiative.

Stefan Giger, scheidender Generalsekretär, und Natascha Wey, neue Generalsekretärin

Partizipation statt Prekarisierung!

Das Thema der VPOD-Migrationskonferenz: Erwerbsprekarität und Aufenthaltsunsicherheit von Migrantinnen und Migranten. Oft sind Zugewanderte in Niedriglohnsektoren beschäftigt, mit befristeten Stellen oder auf Abruf. Mit der Bedrohung durch Armut ist zugleich ihr Aufenthaltsstatus prekär: Sie laufen Gefahr, diesen zu verlieren, sobald sie auf Sozialhilfe angewiesen sind. An der Verbandskonferenz analysieren und diskutieren wir die zunehmende Prekarisierung von Migrantinnen und Migranten. Und wir fordern, dass alle hier lebenden und arbeitenden Menschen sich am politischen Leben des Landes beteiligen können. Zur Teilnahme an der Verbandskonferenz Migration sind alle Mitglieder mit Migrationshintergrund oder beruflichem Interesse am Thema eingeladen.

Verbandskonferenz Migration, Samstag, 10. September, im Neuen Museum Biel, Faubourg du Lac 52. Anmeldung auf der VPOD-Website (Kalender).

Rote Köpfe

Mit grossem Interview und letztem Editorial verabschiedet sich **Marie-Josée Kuhn** nach 440 Ausgaben als *Work*-Chefredaktorin in die Pensionierung. «Merci auch der Unia für ihren Mut! Keine andere Gewerkschaft wagte, was die grösste Gewerkschaft im Land gewagt hat: eine professionell und journalistisch gemachte Zeitung zu finanzieren. Deshalb haben andere Gewerkschaften ein Pfarrblatt – die Unia hat *Work*», schreibt Kuhn. Das Pfarrblatt dankt und bemerkt: Auch noch so laute Töne, noch so grosse Titel ändern nichts daran, dass eine Verbandspublikation keine unabhängige Zeitung ist. Man kann sich rühmen, dass man Tote (Marx, Engels, Luxemburg) «interviewt» oder das unautorisierte Interview mit einem soeben Verstorbenen (Nicolas G. Hayek) publiziert. Aber die Investigativrecherche endet spätestens dort, wo die finanzierende Organisation – hier: die Unia – in Misskredit käme. Siehe etwa Fall Roman Burger. Wir vom Pfarrblatt raten zu etwas weniger Selbstbeweihräucherung, da von selbiger olfaktorisch Zweifelhaftes ausgeht. Ende der Predigt.

Der Rücktritt von **Regula Rytz** als (grüne) Nationalrätin hat eine Kaskade von Umbesetzungen zur Folge. Nachfolgerin im Parlament ist **Natalie Imboden**, einst VPOD-, später SGB-Frauensekretärin, heute Generalsekretärin des Mieterinnen- und Mieterverbands. Rytz wiederum ist zur neuen Präsidentin von Helvetas gewählt worden und tritt dort die Nachfolge der altershalber ausscheidenden **Therese Frösch** an.

Auch im VPOD gibt's neue Köpfe: **Angela Kern** (Foto) hat die Vertretung von Anna Rudin übernommen (die soeben eine kleine Paula geboren hat), und in der Region Zürich löst **Ezgi Akyol** Fiora Pedrina ab. | *slt (Foto: zVg)*

Vom Versuch, aus einem kleinen Unfall mit geringfügigem Sachschaden maximalen Profit zu schlagen

Ein Biker riecht Lunte

Das Strafverfahren gegen Buschauffeur Kollege H. wurde eingestellt, weil ihm kein fahrlässiges Verhalten nachzuweisen war. Der in den Unfall verwickelte E-Bike-Fahrer, der sich zunächst grosszügig zeigte, war plötzlich nur noch auf seinen eigenen Vorteil bedacht. | Text: *Sabine Braunschweig (Foto: tzahiV/iStock)*

Ob als Fussgängerin, auf dem Velo, im Auto, ob als Fahrpersonal in Tram und Bus: Immer wieder geraten Verkehrsteilnehmende in heikle Situationen, die erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Grosszügigkeit ist meist kein schlechtes Rezept: Man verzichtet auf das Vortrittsrecht oder hält für einmal auch dort, wo man nicht müsste – zugunsten Schwächerer. Manchmal hat man dabei allerdings Pech und gerät an Leute, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Das erlebte der Kollege H., Buschauffeur.

Nur ein kleiner Kratzer

Am Anfang der Geschichte steht eine Streifkollision zwischen dem Bus und einem Elektrofahrrad mitten in der Stadt. Zum Glück kam niemand zu Schaden. Lediglich der Akku des E-Bikes erhielt einen kleinen Kratzer. Doch der Bike-Fahrer versuchte, mit einer Klage die Situation zu seinen Gunsten auszunützen. Er wollte die Kosten einer Generalüberholung seines Bikes dem Busbetrieb überwälzen – was ihm gelang. Nachdem er auf diese Weise Erfolg gehabt hatte, versuchte er, mit einer Klage noch weitere Entschädigungen herauszuholen.

Was war geschehen? Der E-Biker hatte an der Kreuzung dem Bus den Vortritt gelassen und dazu etwas Platz gemacht. Buschauffeur H. hatte unentwegt Blickkontakt mit ihm und fuhr im Schritttempo an ihm vorbei. Doch unversehens geriet das Vorderrad des Bikes in die Gelenkfalte des Busses und kippte zur Seite. H. hielt sofort an, stieg aus und informierte die Leitstelle. Zwei Polizisten hatten den Vorfall beobachtet und erlaubten H. weiterzufahren. Es sei ja nichts Schlimmes passiert, meinte der eine. Eine Frau mit Kind am Strassenrand – ebenfalls Zeugin des Vorfalls – regte sich fürchterlich über den Bike-Fahrer auf.

Der E-Biker geriet mit dem Vorderrad in eine Falte des Busgelenks und kippte zur Seite.

Der Leiter des Unfalldienstes, N., der seit vielen Jahren bemüht war, solche Situationen gütlich zu regeln, telefonierte mit dem Bike-Fahrer, der ihn äusserst knapp behandelte und meinte, er werde wohl noch zu einem Arzt gehen müssen. Zwei Wochen später schickte er den Kostenvoranschlag der Velowerkstatt, die auf sein Geheiss alle erdenklichen Reparaturen aufgelistet hatte. So kam eine ansehnliche Summe zustande. N. lenkte ein und schickte – nach einem äusserst unerfreulichen Telefonanruf – die Entschädigungsvereinbarung samt Rückantwortcouvert. Er tat dies, obwohl er die Forderung als zu hoch einschätzte: Ihm schien die sofortige Zahlung immer noch weniger aufreibend als ein allfälliges Strafverfahren.

Der Bike-Fahrer hätte dieses Papier unterschrieben zurückschicken müssen, dann wäre die geforderte Summe auf sein Konto überwiesen worden, und die Angelegenheit hätte ad acta gelegt werden können. Doch kein unterzeichnetes Exemplar kam zurück. Vielmehr hatte der E-Biker Lunte gerochen und gegen den Kollegen H. eine Strafklage wegen einfacher Körperverletzung und Widerhandlung gegen das Strassenverkehrsgesetz eingereicht. Die Staatsanwaltschaft machte ihre Abklärungen und verfügte dann die Einstellung des Strafverfahrens. Auch nach eingehender Befragung aller Beteiligten blieb strittig, ob der Sturz des Fahrradfahrers von diesem selbst oder durch unvorsichtige Fahrweise des Buschauffeurs verursacht worden sei.

Unbestritten war jedoch, dass H. vom Fahrradfahrer das klare Signal hatte, dass dieser zugunsten des Busses auf seinen Rechtsvortritt verzichte. Aufgrund der engen Spurverhältnisse vor Ort – Trottoir und Gegenfahrbahn mit Tram – spreche vieles dafür, dass Busfahrer H. den ihm überlassenen Vortritt mit genügender Vorsicht in Anspruch nahm. Jedenfalls könne ihm «mit Blick auf den Vertrauensgrundsatz» kein Fehlverhalten nachgewiesen werden. Die Verteidigungskosten übernahm die Behörde. Der VPOD hatte demnach keine Ausgaben für den Vertrauensanwalt.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Der Kampf für ein Asbestverbot ist noch längst nicht überall gewonnen

Die Stimme der Opfer

In den meisten asiatischen Ländern wird Asbest weiterhin verwendet. Entweder weil es kein Verbot gibt – oder weil es nicht durchgesetzt wird. Das Netzwerk ABAN kämpft für eine endgültige Ächtung des Werkstoffs, auch mit den Stimmen der Opfer. | Text: *Elaine Lu (Foto: ABAN)*

«Als Folge meiner Arbeit in einer Textilfabrik habe ich Asbestose», erzählt Kristina Siti aus Westjava, die seit Jahren unter Atemnot, Hustenanfällen und Gewichtsverlust leidet. «Obwohl ich schon seit fast zehn Jahren nicht mehr dort arbeite, hängen die Fasern in meiner Lunge und verschlechtern meinen Gesundheitszustand von Tag zu Tag.» Seit ihrer Diagnose kämpft Siti im ABAN-Netzwerk (Asian Ban Asbestos Network) für ein Asbestverbot in den asiatischen Ländern.

Verbot erst in Nepal

Bis jetzt hat dort jedoch nur ein einziger Staat den Import und die Verwendung von Asbest und asbesthaltigen Materialien untersagt: Nepal. Mit der Durchsetzung hapert es. So wird weiterhin asbesthaltiger Zement eingeführt, und Bremsbeläge, die Asbest enthalten, sind vom Verbot ausgenommen. ABAN setzt auch bei Provinz- und Stadtregierungen an. So dürfen im indischen Bundesstaat Bihar keine Asbestfabriken mehr gebaut und in Kerala keine Schulhäuser mit Asbestplatten gedeckt werden. In der indonesischen Stadt Bandung ist die Verwendung von asbesthaltigen Materialien in allen neuen Gebäuden untersagt.

Für ein nationales Verbot und dessen Durchsetzung braucht es die Sensibilität der Regierungen für die Schädlichkeit des Stoffes. In Kambodscha machen Vertreterinnen und Vertreter der Opfer Druck für die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans. In Vietnam wird über asbestbedingte Krankheiten informiert und zumindest die Kennzeichnung von asbesthaltigen Produkten gefordert. Auch Weiterbildung zur Diagnose von asbestbedingten Krankheiten für medizinisches Personal und die Ärzteschaft ist wichtig. Denn viele Asbestopfer erhalten die Fehldiagnose Tuberkulose. Doch nur wenn Betroffene als Asbestopfer identifiziert werden, können sie ihre Rechte geltend machen.

Ein weiteres Hindernis für ein Asbestverbot ist der Einfluss der Asbestlobby auf die Regierungen der Länder Südostasiens. So wurden NGO-Aktivistinnen in Pakistan von der Regierung und von Unternehmen bedroht. Die Asbestlobby verbreitet Fehlinformationen zu den Auswirkungen von Asbest und finanziert sogar Studien, um die Erkenntnisse der Asbestverbotskampagne zu widerlegen. Ausserdem behauptet sie, die Verwendung von asbestfreiem Material erhöhe die Kosten. Deshalb betont das ABAN-Netzwerk die Wichtigkeit einer Kosten-Nutzen-Analyse, fokussiert auf Kampagnen für die Kennzeichnung von Asbest und macht durch die Gewerkschaften Druck auf den Verband Südostasiatischer Nationen ASEAN.

Kristina Siti aus Westjava hat nach jahrelangem Kampf die Anerkennung ihrer Asbestose als Berufskrankheit erreicht.

Langsamer Fortschritt

ABAN versucht auch, Finanzinstitute in der Region für eine asbestfreie Wirtschaft zu gewinnen. Die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank hat sich 2021 in ihren Umwelt- und Sozialbestimmungen verpflichtet, Asbest in den finanzierten Projekten auszuschliessen. Auch die Asiatische Entwicklungsbank hat diesen Schritt angekündigt, aber noch nicht vollzogen. Dies sind erste Erfolge vor Ort. Aber die Stimmen der Opfer müssen weltweit gehört werden.

Asbest: Die tödliche Wunderfaser

Bei Asbest handelt es sich um natürliche Mineralfasern unterschiedlicher Herkunft und Farbe. In der Industrie am häufigsten eingesetzt wurde Weissasbest. Die Erkenntnis, dass von der vermeintlichen Wunderfaser (fest, hitze- und säureresistent, stark isolierend) eine Gesundheitsgefahr ausgeht, setzte schon um 1900 mit der Entdeckung der Krankheit Asbestose ein. 1943 wurde erstmals Asbest als Ursache für Lungenkrebs identifiziert. Ein erstes Teilverbot – nämlich für Spritzasbest – erliess schon 1969 (ausgerechnet) die DDR, was sie nicht hinderte, 1974 bis 1976 nochmals 5000 Tonnen davon für den Palast der Republik in Berlin (Foto) einzusetzen. Heute ist Asbest in der Schweiz und der EU verboten, auch in Industrieländern wie Kanada und Australien. Zugelassen ist Asbest weiterhin in den USA, in weiten Teilen Afrikas und in praktisch ganz Asien. | *slt (Foto: BrokenSphere/Wikimedia CC)*

Marlène Schürch, Juristin bei der Staatskanzlei des Kantons St.Gallen

Denk-, Lauf- und Mixsport

Sachkenntnis und Diplomatie strahlt die Juristin Marlène Schürch aus, wenn sie in der St. Galler Staatskanzlei empfängt. Sie hat noch andere Seiten: eine engagiert politische, eine sportliche und eine lebenslustig-kreative.

Text: *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Arbeiten im Unesco-Weltkulturerbe? Für Marlène Schürch, Juristin bei der Staatskanzlei St.Gallen, ist das Alltag: Ihr Büro befindet sich im historischen Gebäudekomplex rund um den Klosterplatz neben der Stiftskirche. Natürlich fühlt es sich gut an, in so geschichtsträchtigen Mauern tätig zu sein. Aber jedes Ding hat zwei Seiten: Punkto Raumklima gibt es angenehmere Settings. Die langen, gleichförmigen Korridore, in denen sich Tür an Tür reiht, können durchaus kafkaesk wirken. Und wer als Team niederschwellig und fluid zusammenwirken möchte, wie es die Staatskanzlei anstrebt, muss an solchem Ort ein wenig gegen die abschottende Architektur ankämpfen.

Knifflige Fragestellungen

Eine Staatskanzlei hat unterschiedliche Aufgaben. Bei der Kollegin ist unter anderem der Bereich Legistik angesiedelt. Während das Korrekturprogramm wilde Wellen schlägt und dringlich den Ersatz mit «Logistik» empfiehlt, lassen wir uns erklären, worum es dabei geht: um das präzise, verständliche, kohärente Verfassen von «Erlassen» (so lautet der Überbegriff für alle Rechtstexte des Staates). Das ist ein immerwährender Job, denn Bedeutungen und Sensibilitäten verschieben sich. Und es ist kniffliger Denksport. Wie formuliert man – ein Beispiel aus der jüngeren Praxis – die Bedingungen für Veranstaltungen im Wald und in weiteren Lebensräumen von Pflanzen und wildlebenden Tieren so, dass die Schnitzeljagd der Pfadi nicht, grössere Kriegs- und Kampfspiele aber sehr wohl unter die Bewilligungspflicht fallen?

Marlène Schürch besitzt ausserdem ein ausgeprägtes Sensorium für Gender, Gleichstellung und den Einbezug von Minderheiten. Auch hier finden sich für die Juristin Aufgaben ohne Zahl. Natürlich will niemand sämtliche Rechtstexte seit Napoleon gendergerecht umformulieren. Aber wenn man ein Gesetz zwecks Anpassung oder Totalrevision sowieso in die Finger nimmt, schadet es nichts, sich Gedanken über vertretbare Anpassungen an gesellschaftliche Entwicklungen zu machen, die ja früher oder später jeweils auch in der Ostschweiz ankommen.

Grüner SP-Vorstoss

Schon länger hier angekommen ist die Digitalisierung, mit der sich die Kollegin beruflich in verschiedenen E-Government-Projekten befasst. Dass der Staat in dieser Frage nichts überstürzen kann, ist verständlich. Ebenso klar ist aber, dass er mit der gesellschaftlichen Entwicklung mitziehen muss. Und das ist nicht ohne Tücke: Es bedarf genügend bestimmter und beständiger Rechtsgrundlagen für eine dynamische, sich ständig wandelnde digitale Welt, und auch der Datenschutz muss angemessen sichergestellt sein.

St.Gallen ist (seit Kurzem wieder) eine sozialdemokratisch regierte Stadt. Hier lässt sich's leben; daher ist die Kollegin stets gerne wieder zurückgekehrt, sei's von juristischen Studien in Genf oder in den USA, sei's nach einem Intermezzo in Bundesbern, sei's aus der Mongolei und Peru, wo sie ehrenamtlich in einem Entwicklungsprogramm tätig war. Jetzt engagiert sie sich vor Ort im VPOD und in der Kommunalpolitik: Der jüngste Vorstoss von Stadtparlamentarierin Schürch (SP) betrifft die Grünabfuhr: Weil die Tonnen auf privatem Grund abzustellen sind, haben Mieterinnen und Mieter schlechte Karten, wenn die Hauseigentümerschaft bockt.

Wer Marlène Schürch aber so richtig auf die Palme bringen möchte, schafft dies zuverlässig durch die Forderung nach Stellenabbau in der angeblich so aufgeblähten Verwaltung bei gleichzeitiger Übertragung immer neuer Aufgaben an dieselbe. Glücklich ist sie, wenn sie Sport treibt (gerade bereitet sie sich auf einen Halbmarathon vor) oder wenn sie mit der Fotokamera unterwegs ist.

Gin Tonic geht immer

Die besondere Leidenschaft der Kollegin für das Mixen von Kaltgetränken ist ein Relikt aus Studienzeiten, in denen sie ihr Geld als Barkeeperin verdient hat. Schürchs Signature Drinks? Winters der Tonka Noël, für den ein Sirup aus der Tonkabohne mit Whiskey sowie Mandarinen- und Zitronensaft aufgegossen wird. Für den Sommer empfiehlt Marlène Schürch ihre frisch-herbe Zitronengrasvariante der Margarita. Und Gin Tonic. Gin Tonic geht immer.

Marlène Schürch arbeitet im Unesco-Weltkulturerbe, was schön, aber nicht immer praktisch ist.

DER
SOMMER
IM
TESSIN

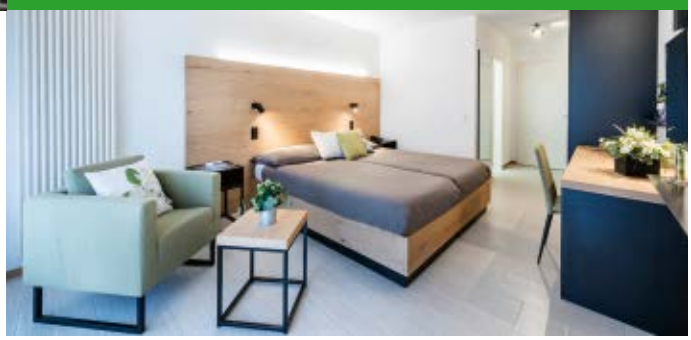
Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow

20% VPOD-Rabatt

(jederzeit gültig)

HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI

info@grappoli.ch
www.grappoli.ch



Hotel Ristorante iGrappoli - 6997 Sessa - Tel. 091 608 11 87

AZB Postfach, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 226 ist soeben erschienen

Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Kampf gegen Prekarisierung an den Hochschulen und für mehr Ressourcen im Bildungsbereich.

VPOD Bildungspolitik
Seit über 45 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:
redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach, 8036 Zürich

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C004807

Foto Titelseite: *janiecbros/iStockphoto.com*